



CHANCEN
ERMÖGLICHEN

NACHHALTIG
WIRTSCHAFTEN

TRANSPARENT
GESTALTEN



Inhaltsverzeichnis

Chancen Ermöglichen - Nachhaltig Wirtschaften - Transparent Gestalten	1
Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Bürgernähe	3
Mehr Europa, mitten in Europa	5
Wirtschaft und Finanzen	6
Stadtplanung und Bauen.....	7
Umwelt.....	11
Mobilität	17
Wohnen	21
Soziales	24
Inklusion	26
Schule.....	28
Jugendhilfe	31
Gesundheit	33
Gleichstellung	34
Integration.....	36
Kultur	38
Sportstadt Düsseldorf - Sport für alle, mit allen	41
Zur Zusammenarbeit in der ‚Ampel‘-Kooperation	44

Chancen Ermöglichen - Nachhaltig Wirtschaften - Transparent Gestalten

Wir, die Parteien SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP, gehen eine einvernehmliche und von allen drei Partnern getragene Kooperation ein, um die politischen Herausforderungen der Landeshauptstadt Düsseldorf gemeinsam zu meistern und die Zukunft unserer Stadt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten. Dabei wollen wir, dass Entscheidungen mit entsprechender Bürgerbeteiligung gut vorbereitet und umgesetzt werden.

Die Parteien SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP werden dafür Sorge tragen, dass die Grundlagen für unseren Wohlstand und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft gesichert und ausgebaut werden. Im Mittelpunkt unserer Vereinbarungen für die Ratsperiode 2014 bis 2020 steht die konkrete Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in unserer Stadt.

Wir setzen auf mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, auf den demokratischen Dialog und auf neue Partnerschaften mit den Vereinen und Verbänden und der Zivilgesellschaft. Gute Politik wächst von unten. Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung. Wir stehen für eine tolerante und offene Bürgergesellschaft und laden auch die anderen demokratischen Parteien und Fraktionen im Rat ein, gemeinsam mit uns über den richtigen Kurs für unsere Stadt zu diskutieren und dabei auch neue Wege im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu beschreiten. Rechtspopulistischem Gedankengut erteilen wir eine klare Absage.

Mit dem vorliegenden Kooperationsvertrag stellen wir die Weichen für die zentralen Aspekte einer prosperierenden, funktionierenden und stabilen Stadtgesellschaft – Bestand und Entwicklung, Tradition und Moderne, Vertrauen und Mitsprache auf der Basis einer nachhaltigen, soliden Haushaltspolitik.

Die im Vertrag beschriebenen kommunalen Handlungsfelder sind für uns die zentralen Herausforderungen der Stadtpolitik in den kommenden sechs Jahren. Wir werden die Potentiale unserer Stadt entwickeln und stärken. Wir setzen auf eine nachhaltige Stadtentwicklungs-, Umwelt- sowie Verkehrspolitik und werden die Förderung der Wirtschaft und die städtische Sozialpolitik gleichermaßen als bedeutende Politikfelder in den Blick nehmen.

Düsseldorf verfügt über einen produktiven Mix von Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe. Diesen Mix gilt es zu erhalten. Wir werden die Anziehungskraft Düsseldorfs für Menschen und Unternehmen steigern, die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze unterstützen und unsere kommunalpolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, um bestehende Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort Düsseldorf zu sichern.

Moderne Verwaltungsstrukturen, stadtteilorientierte Arbeit und ressourcenorientierte Planung verstehen wir als prinzipielle Leitlinien unseres Handelns. Unser Kooperationsvertrag steht für gleiche Chancen, greift strukturelle und individuelle Perspektiven und Lösungsstrategien für die aktive Gestaltung der Stadtgesellschaft auf. Dies gilt für alle Generationen, für Frauen und Männer, für Einheimische wie für Zugewanderte gleichermaßen.

Alle formulierten Ziele werden wir mit Konzepten und den jeweiligen Situationen angepassten Vorschlägen verfolgen. Wir setzen aber auch darauf, unsere Vorschläge im Dialog mit der Stadtgesellschaft und den anderen kommunalpolitischen Akteuren zum Wohle unserer Stadt weiter zu entwickeln, zu verbessern und zu realisieren.

Mit dem eingeschlagenen, gemeinsamen politischen Kurs tragen alle Partner die Verantwortung für transparente, professionelle, effektive und effiziente Strukturen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Wir stehen dabei gemeinsam für solide Finanzen. Wir wollen ein Düsseldorf, das sich seine kreative Dynamik und seine kommunalen Handlungsspielräume bewahrt und verantwortungsvoll in die Zukunft investiert. Solide Finanzen sind eine notwendige Grundlage für eine generationengerechte und zukunftsorientierte Stadtpolitik. Wir werden daher wie bisher den Kernhaushalt schuldenfrei halten und haben nicht vor, Steuern zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen.

In den folgenden Themenbereichen haben wir konkrete Projekte und Ziele vereinbart. Wir sehen dies als Auftakt eines Prozesses, der Düsseldorf und die hier lebenden Menschen mit realistischer und verlässlicher Politik voran bringt.

- Schaffung und Erhalt bezahlbarer Wohnungen für mittlere und niedrige Einkommen
- Ausweitung und Verbesserung der Angebote von Bus, Bahn und für den Radverkehr
- Neubau und Sanierung bestehender Schulgebäude und Bereitstellung bester Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche.
- Die kommunale Energiewende und Maßnahmen für Klima- und Naturschutz zum Erhalt der Umwelt und zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen
- Eine solide Haushaltspolitik, die Stärkung und Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts sowie die Förderung von Start-Up-Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Eine Kulturpolitik, die alle Akteure in der Kulturszene einbezieht und fördert und die die Attraktivität und Anziehungskraft der Stadt Düsseldorf weiter erhöht
- Aktive Bürgerbeteiligung und Transparenz von Prozessen und öffentlichen Informationen für eine neue politische Kultur in unserer Stadt
- Maßnahmen, die die Kooperation und Toleranz zwischen den Menschen in unserer Stadt unterstützen
- Regionale Kooperation in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Tourismus und Wirtschaft

Die nötigen Grundlagen für eine sichere und gemeinwohlorientierte Zukunft der Landeshauptstadt Düsseldorf haben SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP mit dieser Kooperationsvereinbarung gestellt. Wir werden diese Vereinbarung in der politischen Arbeit in Düsseldorf nun mit Leben füllen.

Wir werden gemeinsam die neue Wahlperiode gestalten, auch in dem gegenseitigen Vertrauen, das in den konstruktiven Kooperationsverhandlungen gewachsen ist. Wir sind zuversichtlich, dass bei dem Vielen, was uns eint und dem gegenseitigen Verständnis für das, was uns programmatisch trennt, doch immer gemeinsame Lösungen gefunden werden – **zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Düsseldorf.**

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Bürgernähe

In den nächsten sechs Jahren wollen wir Politik und Planungen mit den Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam entwickeln. Wir wollen Dialog und Beteiligung in einem organisierten Prozess auf möglichst vielen Ebenen sicherstellen und Transparenz schaffen. Unser gemeinsames Ziel ist es, stärker in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten und diesen dauerhaft, verlässlich und transparent zu gestalten. Dabei wollen wir allen Bevölkerungsgruppen gerecht werden. Voraussetzung dafür sind Transparenz und Zugang zu Informationen, sowie vielfältige Möglichkeiten und Instrumente der Beteiligung.

Hierbei gehen wir erprobte sowie neue Wege der Bürgerbeteiligung. Um dies zu erreichen, muss die Allgemeinheit über die politische Willensbildung und das Handeln der Verwaltung umfassend und pro-aktiv informiert werden. Transparenz in diesem Sinne bedeutet nicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger nur aus allgemein zugänglichen Quellen oder auf Antrag bei der Verwaltung informieren können, sondern es erfordert vielmehr eine pro-aktive Offenlegung und Kommunikation von Informationen. Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der Bürgerinnen und Bürger sich mitgestaltend in die Entscheidungsprozesse einbringen können. Wir wollen dabei auch von den Erfahrungen anderer Städte und Länder mit Bürgerbeteiligung profitieren.

Beteiligungsfelder

Wir wollen **die Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung des Haushaltes** partizipieren lassen. Für die Mitgestaltung an Fragen des Haushalts soll zunächst an einem Teilbereich des städtischen Haushalts ein Beteiligungsverfahren erprobt werden.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft bedarfsgerecht, pro-aktiv und frühzeitig an **öffentlichen Bau- und Planverfahren beteiligen**, damit möglichst alle Betroffenen als Beteiligte in diese Prozesse eingebunden werden. Das bedeutet auch, dass für jedes Thema und für jede Frage neu überlegt werden muss, welches Verfahren und welche Ansprache passend ist – von der kleinen Nachbarschaftsumfrage zur Neugestaltung eines Spielplatzes bis zum stadtweiten Planungsworkshop für die Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans. Auch die Zeiten und Orte der Veranstaltungen müssen so gewählt werden, dass nicht schon dadurch Menschen ausgeschlossen werden. Begleitende und interaktive Online-Angebote müssen selbstverständlich werden.

Um den Bürgerinnen und Bürgern aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten öffentlich zugänglich zu machen, sollten diese gebündelt und transparent dargestellt werden und somit eine dauerhafte „Planungsbox“ eingerichtet werden, in der alle Maßnahmen einschließlich der jeweiligen Beteiligungsmöglichkeiten dargestellt werden.

Zur Entwicklung der Stadt werden wir in Zukunft vermehrt Planungswettbewerbe nach den Richtlinien der Architektenkammer durchführen. Wir setzen auf mehr und neue Ideen für Düsseldorf, die von innovativen Architektinnen und Architekten und Stadtplanerinnen und Stadtplanern eingebracht werden. Darüber hinaus werden wir die politischen Entscheidungsgremien frühzeitig über die angestrebten Wettbewerbsarten und -verfahren informieren.

Wir wollen die **Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Bezirksvertretungen** stärken und ihnen mehr Beratungsrechte bei Projekten von gesamtstädtischer Bedeutung einräumen. Ebenso soll die Mittelverwendung (freie Verfügungsmittel) der Bezirksvertretungen evaluiert und ggf. bedarfsorientiert angepasst werden. Die Vergaberegeln wollen wir dabei in Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen einheitlich definieren, um den Gestaltungsspielraum vor Ort zu erweitern. Ferner werden wir eine Beschlusskontrolle für die Beschlüsse der Bezirksvertretungen einrichten.

Die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher werden sich künftig als Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister bezeichnen können. Hierdurch soll ihre Rolle im Stadtteil stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Wir wollen den **Kammern, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, freien Initiativen und Beiräten mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten** bieten, zum Beispiel, indem wir ihre Vertreterinnen

und Vertreter zu beratenden Mitgliedern in Fachgremien und Ausschüssen berufen und anlassbezogene Schwerpunktsitzungen einzelner Fachgremien und Ausschüsse durchführen.

Instrumente der Beteiligung

Das Spektrum der Beteiligungsinstrumente soll über Social Media und Internet hinaus auch Bürgerversammlungen, runde Tische und Telefonbefragungen etc. umfassen. Fach- und Koordinationsstelle der erweiterten Bürgerbeteiligung in Düsseldorf ist das **Büro der Beteiligungsbeauftragten bzw. des Beteiligungsbeauftragten**. Sie bzw. er fungiert zum einen als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für die Bürgerschaft, zum anderen als Schnittstelle zu Politik und Verwaltung. Ihr bzw. sein erster Auftrag wird darin bestehen bis Sommer 2015 ein Beteiligungskonzept für die Landeshauptstadt zu erarbeiten. Dieser Prozess soll wissenschaftlich begleitet und auf seine Wirksamkeit nach zwei und nach fünf Jahren überprüft werden.

Die bzw. der Beteiligungsbeauftragte berät den Rat und die Verwaltung und hält nach, ob und wie das **Beteiligungskonzept** umgesetzt wird. Das Gremium, in dem sie/er berichtet und aus dem sie/er zusätzliche Aufträge erhalten kann, soll der Anregungs- und Beschwerdeausschuss sein, welcher in diesem Zuge in „Beteiligungsausschuss“ umbenannt und aufgewertet wird. Darüber hinaus ist Beteiligung eine Querschnittsaufgabe und wird in allen Fachausschüssen bei Bedarf erörtert. In die Arbeit des Beteiligungsausschusses soll auch die Ombudsfrau bzw. der Ombudsmann der Landeshauptstadt Düsseldorf eingebunden werden.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden den Dezernaten ein **Budget für Beteiligungsverfahren** und deren externe Moderation zur Verfügung gestellt. Ebenso erhält die/der Beteiligungsbeauftragte ein Büro und Mittelausstattung um neue Konzepte zu entwerfen und die Partizipationsstrategie zu evaluieren. Um die Arbeit sinnvoll aufzubauen, sollte zunächst geklärt werden, wer sich in der Stadtverwaltung jetzt schon mit der Thematik „Beteiligung“ befasst (z.B. Geschäftsstelle Jugendrat, Seniorenbeirat, Planungsamt, Lokale Agenda, Jugendamt etc.) und diese Personen sollten zu einer Arbeitsgruppe unter Leitung der/des Beteiligungsbeauftragten zusammengezogen werden.

Open Government und Open Data

Wir werden die Verwaltung beauftragen, bis Sommer 2015 ein "**Open Government- und Open Data-Konzept**" zu entwickeln, mit dem – unter Beachtung der technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragen – Vorschläge gemacht werden, wie alle Daten, soweit nicht Personendatenschutz oder Staatswohlinteressen dem entgegenstehen, der öffentlichen Verwaltung der Stadt Düsseldorf offengelegt und für Dritte in freien Lizenzen und mit offenen Schnittstellen für kommerzielle und nicht-kommerzielle Zwecke zugänglich gemacht werden können.

Basis der Bürgernähe: Serviceorientierte Verwaltung

Eine bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltung ist für uns von zentraler Bedeutung. Sie entscheidet mit darüber, ob Bürgerinnen und Bürger mit der Stadtverwaltung zufrieden sind und ob sich Unternehmen in Düsseldorf niederlassen. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern **mehr Service und kürzere Wartezeiten** zu bieten.

Wir fordern daher eine konsequent kundenorientierte Organisation aller Ämter. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in einer jeweiligen Angelegenheit stets nur eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner haben. Wir wollen den weiteren Ausbau der Bürgerbüros in den Stadtteilen mit allen Verwaltungsleistungen, wie z.B. auch der KFZ-Zulassung, sowie eine weitere Anpassung der Öffnungszeiten an die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Kundinnen und Kunden. Wir wollen prüfen, welche Dienstleistungen der Verwaltung auch (aber nicht ausschließlich) komplett elektronisch abgewickelt werden können.

Mehr Europa, mitten in Europa

Als wirtschaftliche, kulturelle und politische Metropole im Herzen Europas braucht Düsseldorf einen lebendigen, breit angelegten Dialog mit der und über die Europäische Union. Um die Stadt enger mit Europa zu vernetzen und auch um den europäischen Gedanken stärker in die Stadtgesellschaft zu tragen, wollen wir die **Rolle Europas in Düsseldorf stärken und ausbauen**.

Dazu gehört für uns ein EUROPE DIRECT Informationszentrum. Hier werden den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen, Rat, Hilfe und Antworten auf Fragen über die Europäische Union angeboten. Zudem fördert ein EUROPE DIRECT Informationszentrum die lokale und regionale Debatte über die Europäische Union und ihre Maßnahmen. Das EUROPE DIRECT Informationszentrum wird keine eigene Antrags- und Förderberatung durchführen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen aber in der Lage sein, eine Art „Lotsenfunktion“ wahrzunehmen und Bürgerinnen und Bürgern, sowie Unternehmen und Institutionen, entsprechende Anlaufstellen für Förderberatungen zu benennen. Nicht zuletzt bietet diese Anlaufstelle der Öffentlichkeit auch die Möglichkeit, den Institutionen der EU ein Feedback zu geben.

Es gibt gute Beispiele in unterschiedlicher Trägerschaft. Wir wollen zunächst prüfen, welches Modell für Düsseldorf am besten geeignet wäre und das Informationszentrum dann bedarfsgerecht und mit möglichst geringem Aufwand für die Stadt auf den Weg bringen. Eine Aufgabe für das neu zu schaffende Zentrum wäre dabei auch die Neukonzeption des Europatages im Sinne einer zentralen Veranstaltung, bei der Bürgerinnen und Bürger nicht nur Informationen über touristische Ziele und ein folkloristisches Programm vorfinden, sondern sich auch politisch informieren können.

Wir werden außerdem die Verwaltung beauftragen, effektive Strukturen zur Fördermittelakquise zu schaffen, um so sicherzustellen, dass auch europäische Fördermöglichkeiten aus den unterschiedlichen europäischen Förderprogrammen sinnvoll genutzt werden können.

Weitere Eckpunkte unseres europäischen Engagements sollen die aktive Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken sowie die Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften sein. Wir möchten eine Bestandsaufnahme und regelmäßige Treffen von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, um Inhalte und Ziele der Städtepartnerschaften abzustimmen. Darüber hinaus wollen wir mehr lokale Schulen dafür gewinnen, sich als Europaschulen zu zertifizieren. So entsteht mehr Austausch zwischen den Menschen und Regionen der Europäischen Bürgergesellschaft – und davon profitieren Kinder und Jugendliche in besonderer Weise.

Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaftsstandort Düsseldorf

Düsseldorf zählt mit seinem vielseitigen Branchen-Mix zu einem der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Europa und ist mit vielen Hoch- und Fachhochschulen ein wichtiger Standort für Wissenschaft und Innovation. Unsere Stadt bietet den zahlreichen internationalen und nationalen Unternehmen einen zukunftssicheren Standort für Business sowie Arbeitsplätze für uns alle: diverse Handelshäuser, zahlreiche Unternehmen der Informations- und Telekommunikationstechnologie, Mode, Medien- und Verlagshäuser, Werbeagenturen, Wirtschaftsberatungen, Anwaltskanzleien, Handwerk, Industrie, Einzelhandel und nicht zuletzt die Gastronomie.

Der Wandel der Dienstleistungsgesellschaft mit expandierendem Gesundheits- und Pflegesektor (Care Economy), Energiewende und Klimaschutz bietet sehr gute Ansätze für eine innovative Wirtschaftsförderung. Mit zukunftsweisenden, zielgruppenorientierten Programmen und zusammenarbeitenden Ämtern muss sich viel an Düsseldorfs Wirtschaftsförderung ändern. Mit wenig Bürokratie muss eine aktive Beratung bei Unternehmensgründungen / Start-Ups, Förderanträgen, Zwischennutzungsmanagement, Co-Working-Spaces, Wohnungsvermittlung, Infoveranstaltungen etc. erfolgen. Darüber hinaus wollen wir mit einer **Koordinationsstelle Kreativwirtschaft** diesem Wirtschaftszweig große Aufmerksamkeit widmen, Kreative fördern und bei Problemen unterstützen.

Der Konzern Stadt – finanzielle Spielräume sichern und nutzen

Wer die Zukunft gestalten will, braucht finanzielle Handlungsspielräume. Gute Haushaltspolitik sorgt dafür, dass die städtischen Einnahmen nicht restlos durch Pflichtaufgaben aufgebraucht werden, sondern dass Steuermittel auch für die freiwilligen Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür ist eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen des Staates auf Bund, Länder und Kommunen.

Wir verpflichten uns zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Ziel unserer Haushaltsplanung 2015 und der Folgejahre ist, einen strukturell ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen. Neue Schulden sind für uns kein Instrument städtischer Finanzpolitik im Kernhaushalt. Bei den Steuern als Hauptfinanzierungsquelle des städtischen Haushalts sollen die Hebesätze stabil bleiben; eine klare Absage erteilen wir neuen Steuern.

Neben zahlreichen Veränderungen im konsumtiven Bereich stehen wir vor neuen Herausforderungen im investiven Bereich. Die finanziell größten Projekte werden wir im Schulneubau realisieren müssen. Darüber hinaus verpflichten wir uns, in den kommenden sechs Jahren den Sanierungsstau bei den städtischen Gebäuden, den Kulturbauten und im Sportbereich anzugehen.

Die Stadt Düsseldorf ist unmittelbar und mittelbar an rund 100 privatwirtschaftlichen Unternehmen beteiligt und führt in ihrem Sondervermögen zwei Eigenbetriebe. Mit ihren Dienstleistungen erbringen die Unternehmen einen wichtigen kommunalen Beitrag. Wir streben an, dass auch die städtischen Töchter größtmögliche Transparenz sicherstellen. Um weiterhin ein für die Stadtgesellschaft erfolgreiches Agieren zu gewährleisten, werden wir die Aufgaben und die formulierten Ziele der unmittelbaren Beteiligungen zukunftsfest gestalten.

Stadtplanung und Bauen

Düsseldorf wächst. Inzwischen leben über 600.000 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in der Stadt. Das ist ein großer Erfolg für unsere Stadt, aber auch eine große Herausforderung. Gleichzeitig verändern sich die Ansprüche der Menschen an die Stadt, weil nicht nur mehr Menschen in Düsseldorf leben und sie dabei auch immer älter werden. Aber die Fläche der Stadt ist begrenzt. Das sind Herausforderungen für eine moderne, in die Zukunft weisende Stadtplanung.

Dabei beeinflusst die Stadtplanung die gesamte Entwicklung Düsseldorfs und – im Großen wie im Kleinen – das Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Daher ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über Bebauungspläne, Entwicklungskonzepte, Bauprojekte und alle weiteren Planungen besonders wichtig.

Ziele unserer Stadtentwicklungsplanung

Die Folgen des Sturms „Ela“ zeigen, dass der Erhalt von Bäumen als ein vorrangiges Ziel des Planens und als Bestandteil des Wertesystems beim Bauen vorrangig zu berücksichtigen ist. Ziel ist es, den Erhalt von Bäumen schon im Vorentwurfstadium zu beachten.

Die Leitlinie „Innen- vor Außenentwicklung“ dient dabei dem Schutz wertvoller Freiflächen im ungeplanten Außenbereich, die den Bürgerinnen und Bürgern zugleich als Erholungsraum dienen. Zur Erreichung dieses Schutzzieles müssen wir bebaute und brach gefallene Flächen stadtverträglich unter Berücksichtigung der Klimaanpassung nachverdichten. Zur Vermeidung von „Hitzeinseln“ wollen wir bestehende Grünflächen weiterentwickeln und neue öffentliche Freiflächen im Stadtgebiet schaffen. Darüber hinaus streben wir eine Weiterentwicklung des Innenhofatlas an, um für Menschen in historisch gewachsenen Stadtquartieren ausreichend Grünflächen zu schaffen und gleichzeitig eine stadt- und klimaverträgliche Nachverdichtung für neuen Wohnraum zu ermöglichen.

Das Ziel des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden werden wir mit einem Anreizprogramm zur Schaffung von Wohnraum in Dachgeschossen sowie der Förderung des Flächen sparenden Bauens erreichen. In Verbindung mit einer bedarfsgerechten Stellplatzsatzung bietet diese Vorgehensweise gleichzeitig die Chance, preiswerten Wohnungsbau und neue grüne Freiräume zu schaffen.

Partizipation

Bürgerinnen und Bürger werden wir in Zukunft bedarfsgerecht und frühzeitiger als bisher an öffentlichen Bau- und Planverfahren beteiligen, damit möglichst alle betroffenen Menschen in diese Prozesse eingebunden werden. Die bisherigen Beteiligungsmodelle müssen weiterentwickelt und entsprechend des jeweiligen Vorhabens individuell und flexibel angewandt werden, um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und auch komplexe Maßnahmen transparent darstellen zu können.

Um den Bürgerinnen und Bürgern aktuelle Bau- und Planverfahren öffentlich zugänglich zu machen, sollten diese gebündelt und transparent im Rathausfoyer dargestellt werden. Zusammen mit dem in das Rathausfoyer verlagerte Stadtmodell wollen wir eine dauerhafte „Planungsbox“ einrichten, in der alle Maßnahmen einschließlich der jeweiligen Beteiligungsmöglichkeiten dargestellt werden.

Wettbewerbswesen bei Planungsverfahren

Zur Entwicklung der Stadt werden wir in Zukunft vermehrt Planungswettbewerbe nach den Richtlinien der Architektenkammer durchführen, um durch innovative Architektinnen und Architekten und Stadtplanerinnen und Stadtplaner mehr neue Ideen für Düsseldorf zu bekommen. Darüber hinaus sollen die politischen Entscheidungsgremien frühzeitig über die angestrebten Wettbewerbsarten und -verfahren mitentscheiden.

Städtebaulich wichtige Projekte

Nach Fertigstellung der für die Gesamtstadt wichtigen Großvorhaben Kö-Bogen und Wehrhahnlinie wollen wir das aus unserer Sicht städtebaulich bedeutsame Vorhaben zur Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes vorantreiben, damit der Hauptbahnhof zusammen mit dem Vorplatz zu einem einladenden Entree für Düsseldorf wird.

Gemeinsam mit der Landesregierung müssen wir die vorhandenen Ideen zur Schaffung eines Regierungsviertels weiterentwickeln und in eine konkrete Planungsstrategie überführen. Die Ziele unserer Stadtentwicklung müssen entsprechend berücksichtigt werden.

Die für die Stadtentwicklung bedeutsame Tieferlegung der Rheinuferstraße hat den Bau der Rheinufersperrmauer ermöglicht. Um die für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste unserer Stadt hohe Attraktivität der Promenade weiter zu steigern, werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger weitere Ideen zu einer Verlängerung bis zum Rheinpark entwickeln und in konkretes Handeln umsetzen. Damit verbunden ist eine Aufwertung der Museen entlang des Joseph-Beuys-Ufers.

Stadtteilentwicklung fördern

Für die Menschen haben die Stadtteile eine große Bedeutung, weil sie ihnen eine Heimat und Identität bieten – und damit die Basis für das Leben in der Stadt. Deshalb werden wir in enger Kooperation mit den Bezirksvertretungen eine Liste notwendiger Projekte zur Förderung der Stadtteilentwicklung erarbeiten. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Entwicklung aller Stadtteile in der Gesamtstadt.

Ein Instrument zur Förderung der Stadtteile ist die integrierte Quartiersentwicklung; sie ermöglicht Strategien zur Verbesserung bestehender Strukturen im Rahmen einer quartiersbezogenen städtebaulichen Entwicklung. Hierzu werden wir gemeinsam mit der Verwaltung für zwei Stadtquartiere den tatsächlichen Bedarf ermitteln und für diese Maßnahmen Fördermittel im Rahmen der Städtebauförderung und des Europäischen Sozialfonds beantragen.

Bei der Bedarfsermittlung bilden die aktuelle demographische Entwicklung und die Ergebnisse der sozialräumlichen Gliederung die Grundlage.

Gewerbe und Industrie

Neben einem starken Dienstleistungsbereich verfügt die Stadt Düsseldorf noch immer über einen hohen Anteil gewerblicher und industrieller Arbeitsplätze, die die Stadt vor stark steigenden Arbeitslosenzahlen in Folge der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise bewahrt haben. Deshalb werden wir unsere Stadtplanung so ausrichten, dass vorhandene Gewerbe- und Industriestandorte nachhaltig gesichert und wo möglich weiterentwickelt werden.

Die notwendige Überplanung und Weiterentwicklung von gewerblichen und industriellen Altstandorten müssen die Bedürfnisse der Betriebe sowie unsere Ziele der Stadtentwicklung berücksichtigen.

Regionale Kooperation

Innerhalb der Region Niederrhein kommt Düsseldorf als Landeshauptstadt eine Sonderrolle zu, in der Düsseldorf als Oberzentrum zusätzliche Funktionen für die Kommunen übernimmt bzw. bereithält. Deshalb sehen wir Düsseldorf im Rahmen der Regionalentwicklung in einer besonderen Verantwortung und aktiven Rolle, von der alle profitieren können sollten. Auch im Rahmen der Regionalplanung wollen wir der Prämisse Innen- vor Außenentwicklung folgen.

Grundstücksentwicklung durch Projektsteuerung

Soweit Flächen im städtischen Besitz zu Wohnstandorten entwickelt werden, sollte die Stadt bei Bedarf die Projektsteuerung übernehmen. Damit wollen wir gewährleisten, dass die Stadt die

Stadtentwicklung und -gestaltung im Sinne von städtebaulicher Qualität, für mehr bezahlbaren und bedarfsorientierten Wohnraum steuern kann.

Bergische Kaserne

Das Gelände der Bergischen Kaserne an der B 7 wird voraussichtlich nach 2018 nicht mehr von der Bundeswehr genutzt und kann dann anderen Nutzungen zugeführt werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich eine frühzeitige Flächenbedarfsermittlung durch die Stadt, um darauf aufbauend weitere Vorbereitungen für notwendige Planungsschritte treffen zu können. Entsprechend unserer Zielsetzungen für eine innovative Stadtplanung soll es für den Standort der Bergischen Kaserne einen offenen Ideen- und Realisierungswettbewerb mit umfangreicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geben.

Stadt übernimmt Vorbildfunktion

Barrierefreiheit: Neben den gesetzlichen Anforderungen zur Schaffung barrierefreier öffentlicher Gebäude werden wir uns dafür einsetzen, dass auch der öffentliche Raum barrierefrei gestaltet wird. Dies gilt insbesondere bei notwendigen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum und bei allen Stadtraum bildenden Maßnahmen. Eine auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Stadtplanung sollte allen Menschen eine eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Hierin sehen wir die Stadt in einer Vorbildfunktion.

Gebäudesanierung: Ebenso vorbildlich wollen wir den Bestand städtischer Gebäude energetisch für die Zukunft vorbereiten. Dazu werden wir durch die Verwaltung und ggf. mit externen Partnern (z. B. Stadtwerke Düsseldorf AG) eine Bestandsaufnahme und -analyse aller städtischen Gebäude erarbeiten lassen. Darauf aufbauend werden wir dann eine Prioritätenliste sowie einen darauf basierenden Maßnahmenkatalogs zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude erstellen.

Bausteine für eine zukunftsbeständige Stadtentwicklung

Rahmenplan Einzelhandel: Der Rahmenplan Einzelhandel für die Stadt Düsseldorf entspricht nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf und soll zeitnah überarbeitet werden. Hierbei sehen wir insbesondere dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Nahversorgung, um weite Wege und damit verbundene Verkehrsbelastungen langfristig zu vermeiden.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept: Als Basis für eine innovative und auf die Zukunft ausgerichtete Stadtentwicklungsplanung werden wir das bisher gültige Stadtentwicklungskonzept zu einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept weiterentwickeln. Dabei müssen auch die Anforderungen zur Klimaanpassung sowie die bereits heute absehbaren Folgen des demographischen Wandels berücksichtigt werden.

Zur Weiterentwicklung des vorliegenden Stadtentwicklungskonzeptes halten wir es für notwendig, alle vorliegenden informellen Programme wie z. B.:

- Rahmenplan Einzelhandel
- Hochhauskonzept
- Verkehrsentwicklungsplan
- Klimaanpassungsstrategie
- Jugendeinrichtungen
- Kulturelle Einrichtungen

bei der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes zusammenzuführen. Damit soll ein vollständiges, gemeinsam erarbeitetes Planungsziel für unsere Stadt entstehen, was alle Akteure gemeinsam verfolgen und bei der Umsetzung berücksichtigen. Gleichzeitig sollen diese Informationen auf den Webseiten der Stadt in Gänze dargestellt werden und allen Interessierten zur Verfügung stehen.

Stellplatzsatzung: Die bisher gültige Stellplatzsatzung der Stadt Düsseldorf verteuert das Wohnen

in der Stadt durch unzeitgemäße Forderungen zur Schaffung oftmals nicht notwendiger Stellplätze. Deshalb werden wir die Stellplatzsatzung überarbeiten. Ziel ist es, jede Baumaßnahme differenziert zu betrachten. Dem tatsächlichen Bedarf muss dabei Rechnung getragen werden. Um es attraktiv zu machen, Bürogebäude in Wohnungen umzuwandeln, muss besonders dort die bisherige Stellplatzregel überarbeitet werden. Unser Ziel ist eine dem tatsächlichen Bedarf und einer standortbedingten öffentlichen Verkehrsanbindung gerecht werdende Stellplatzsatzung für die Gesamtstadt. Darüber hinaus werden wir die Stellplatzsatzung für den motorisierten Individualverkehr um eine Fahrradstellplatzsatzung erweitern.

Verwaltung neu ausrichten

Bauaufsichtsamt: Neue Wohnungen und Arbeitsstätten dürfen nur bei Vorliegen einer Baugenehmigung errichtet werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden von der Unteren Baugenehmigungsbehörde, dem Bauaufsichtsamt der Stadt Düsseldorf, wahrgenommen. Viele Antragsteller sind verärgert über die sehr langen Bearbeitungszeiten. Wir wollen durch organisatorische Maßnahmen Bauanträge und Bauvoranfragen beschleunigen.

Untere Denkmalschutzbehörde: Die in den letzten Jahren vollzogene Zusammenlegung der Unteren Denkmalbehörde mit dem Bauaufsichtsamt werden wir wieder rückgängig machen. Die Untere Denkmalbehörde soll innerhalb des Kulturdezernates wieder als selbständiges Amt fortgeführt werden.

Umweltverträglichkeitsprüfung: Die in den letzten Jahren vollzogene Zusammenlegung der Abteilung zur Umweltverträglichkeitsprüfung mit dem Stadtplanungsamt werden wir wieder rückgängig machen. Die Abteilung für Umweltverträglichkeitsprüfung soll wieder im Umweltamt eingerichtet werden.

Stadt- und Verkehrsplanung zusammenführen: Wir prüfen, die Abteilung für Verkehrsentwicklungsplanung vom Amt 66 (Amt für Verkehrsmanagement) wieder in das Planungsamt zu integrieren.

Umwelt

Klimaschutz und Energiewende

Düsseldorf soll 2050 klimaneutral sein. Dieses Ziel macht ökologisch wie ökonomisch Sinn und bringt die Stadt in eine Vorbildfunktion. Die meisten Investitionen amortisieren sich innerhalb weniger Jahre und bringen anschließend jährlich Einsparungen. Eine Roadmap mit konkreten Maßnahmen werden wir erarbeiten lassen, umsetzen und regelmäßig evaluieren. Das 30-Punkte-Klimaschutzprogramm werden wir weiterentwickeln mit dem Ziel, innerhalb von fünf Jahren gegenüber 2013 10% CO₂-Emissionen einzusparen. Zu den zentralen Instrumenten gehören:

Das **Programm Klimafreundlich Wohnen in Düsseldorf**, das wir auf den gewerblichen Bereich ausweiten (begrenzt auf Kleinunternehmen) und erhöhen wollen.

Die **energetische Sanierung städtischer Gebäude**. Hierzu sind zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme und -analyse aller städtischen Gebäude und die Erstellung eines priorisierten Maßnahmenkatalogs notwendig. Auch der Haushaltsansatz für den Masterplan Gebäudesanierung muss deutlich angehoben werden.

Der **energetische Standard bei städtischen Neubauten**. Diese sollen schon heute 30% unterhalb der gesetzlichen Vorgaben liegen und mittelfristig den Passivhausstandard erfüllen.

Die **Sanierung der Landesgebäude in Düsseldorf**, die wir insbesondere im Zusammenhang mit der Planung eines neuen Regierungsviertels erwarten.

Die **Serviceagentur Altbausanierung (SAGA)**. Wir wollen das Beratungszentrum für energieeffiziente Altbausanierung erweitern, damit die Expertinnen und Experten möglichst auch bei Neubauten und Gewerbeobjekten unterstützen können.

Neue Solarsiedlungen und Passivhäuser wollen wir durch städtebauliche Planung sowie im Rahmen der Grundstücksvermarktung ermöglichen.

Elektromobilität wollen wir stärken, indem wir gemeinsam mit den Stadtwerken Düsseldorf die Ladeinfrastruktur und Stellplätze ausbauen, die Fahrzeugflotten der Stadt und der städtischen Unternehmen um weitere Elektrofahrzeuge erweitern. Auch privaten Unternehmen sowie CarSharing-Anbietern wollen wir entsprechende Anreize setzen. Das Wasserstoff-Tankstellennetz wollen wir ausbauen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV): Wir werden den ÖPNV attraktiver machen und die Rheinbahn beim Einsatz innovativer Technik (z. B. Wasserstoff) unterstützen.

Das **Umweltzentrum** werden wir in die Innenstadt holen und in Abstimmung mit den Initiativen und Verbänden zu einem Leuchtturmprojekt für energetisches Sanieren und Bauen machen. Die Integration der SAGA werden wir prüfen.

Das **Fernwärmenetz** werden wir weiter ausbauen.

Energieerzeugung auf städtischen Gebäuden werden wir prüfen, beispielsweise durch Photovoltaikanlagen zur Eigenstromnutzung.

Ein **Pilotprojekt Kleinstwindanlagen** wollen wir gemeinsam mit einem privaten Partner ermöglichen und unterstützen.

Klimapartnerschaft: Wir wollen mit einer Stadt, z. B. in Lateinamerika, eine Klimapartnerschaft eingehen und mit Leben füllen.

Monitoring der Bauleitplanung: Die Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz in der Bauleitplanung werden wir mit einem Monitoring auswerten, um für zukünftige Planung wirksame Ansätze und mögliche Hindernisse zu erkennen.

Die **Land- bzw. Bodenstromversorgung** von Rheinschiffen und Flugzeugen werden wir zeitnah umsetzen.

Energiesparen in Schulen und Kitas: Die erfolgreichen fifty-fifty-Projekte an Schulen und

Kindergärten werden wir ausbauen mit dem Ziel, die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verdoppeln. Auch Ökoprot und Umweltpreis werden wir fortführen und die Beteiligung durch breitere Bewerbung möglichst ausweiten.

Eine Welt

Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit dem Eine-Welt-Forum, der Lokalen Agenda und den vielen politischen Akteurinnen und Akteuren ein entwicklungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt erarbeiten. Auch schulische und außerschulische Projekte, die sich dem Gedanken der Einen Welt annehmen, wollen wir weiter fördern. Die Förderung der Düsseldorfer „Eine Welt Tage“ wollen wir finanziell ausbauen.

Klimaanpassungsstrategie entwickeln

Die Folgen des Klimawandels erfordern konkrete Maßnahmen als Grundlage für die weitere Stadtentwicklung. Dazu müssen wir in den nächsten Jahren bestehende Plangrundlagen fortschreiben, um die Flächenversiegelung soweit wie möglich zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Hierzu ist der neue stadtweite Grünordnungsplan (GOP) die Grundlage. Wir werden ihn durch Stadtteil-GOP konkretisieren und als Planungsgrundlage berücksichtigen, um bestehende Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete in der Stadt zu schützen und neue zu schaffen, damit sich die Stadt im Sommer nicht zusätzlich aufheizen kann.

Zur Ermittlung weitergehender Maßnahmen muss die **Klimaanalyse** für Düsseldorf fortgeschrieben werden, aus der wir zwingend notwendige Projekte ableiten wollen. Dazu können Maßnahmen einer klimagerechten Anpassung unserer technischen Infrastruktur und zusätzliche Maßnahmen wie z. B. Dach-, Fassaden- und Vertikalbegrünung im Hochbaubereich gehören oder die Reduzierung und Vermeidung von Flächenversiegelung. Weitere Möglichkeiten zum Schutz des Klimas sehen wir in der verstärkten Nutzung/Erzeugung regenerativer Energien auf städtischen Gebäuden und baulichen Anlagen der städtischen Töchter.

Für einen besseren **Hochwasserschutz** streben wir eine zügige Renaturierung von Fließgewässern und eine konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf Düsseldorfer Stadtgebiet an. Die anhand der Überschwemmungsgebiete identifizierten Lücken im Hochwasserschutz wollen wir schnellstmöglich schließen. Die Bürgerinformation dazu werden wir gemeinsam mit der Bezirksregierung verbessern. Auf den Düsseldorfer Deichen werden keine Bäume nachgepflanzt aber auch keine gesunden Bäume kurzerhand gefällt. Die grundsätzliche und langfristige Strategie wird in Konzepten zur Deichsanierung und zum Hochwasserschutz beraten.

Zur Bewältigung von **Starkregenereignissen** werden wir notwendige präventive Maßnahmen treffen, beispielweise in der Stadtentwässerung und durch Entsiegelung von Flächen.

Lärmschutz

Die Belastung durch Lärm ist ein großes gesundheitliches Risiko, dem viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ausgesetzt sind. Die Maßnahmen des Lärmaktionsplans wollen wir daher schneller umsetzen und dafür auch die verfügbaren Haushaltsmittel aufstocken. Wir werden alle verfügbaren Instrumente nutzen, um den Schutz vor Straßen-, Schienen- und Luftverkehrslärm zu verbessern. Dabei werden wir jede Situation im Einzelfall bewerten und die wirksamsten, wirtschaftlichsten sowie gestalterisch geeigneten Maßnahmen umsetzen:

- Geräuschmindernde Fahrbahnbeläge (z. B. LOA 5D, OPA) werden an lärmbelasteten Straßenabschnitten immer im Rahmen notwendiger Fahrbahnerneuerungen eingebaut. Der Austausch soll vorgezogen werden, wenn an besonders belasteten Abschnitten keine ausreichenden Alternativmaßnahmen möglich sind.
- Baulicher Lärmschutz (z. B. Lärmschutzwände) wird in jedem einzelnen Fall geprüft und je nach Wirksamkeit und Integration in das Stadtbild umgesetzt. Konkret geprüft werden sollen Maßnahmen an den rechtsrheinischen Rampen der Theodor-Heuss-Brücke und der Rheinkniebrücke (beispielsweise schallabsorbierende Verkleidung der

Brückengeländer).

- Schallschutzfenster werden als ergänzende Maßnahme an besonders belasteten Abschnitten weiter gefördert.
- Bahnlärm: Die Deutsche Bahn AG ist in der Verantwortung, an den Güterverkehrsstrecken mit starkem Verkehrswachstum auch den Lärmschutz anzupassen. Für den Gesundheitsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner ist es unerheblich, ob der Verkehr durch zusätzliche Fahrten auf einem neuen Gleis oder durch eine Vervielfachung der Fahrten auf bestehenden Gleisen zunimmt. Wir werden die Anwohnerinnen und Anwohner und Bürgerinitiativen in ihrer Arbeit unterstützen, die DB AG politisch in die Pflicht nehmen und alle juristischen Möglichkeiten für Lärmschutz an „Altstrecken“ nutzen.
- Wir werden auch die Rheinbahn in ihren Bemühungen für leisere Busse und Bahnen bestärken und unterstützen. Wir wollen mehr Rasengleise, wo es möglich ist und einer gemeinsamen Linienführung von Bus und Bahn nicht im Wege steht.
- Insbesondere die im Lärmaktionsplan festgelegten ruhigen Gebiete werden wir vor neuem Lärm schützen.
- Wir werden die Bürgerbeteiligung in diesem Thema stärken, indem wir beispielsweise betroffene Düsseldorferinnen und Düsseldorfer und Initiativen in die Kleine Kommission Lärm einladen und innerhalb der Verwaltung eine zentrale Ansprechpartnerin bzw. einen zentralen Ansprechpartner für die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer wie für die Politik benennen.

Luftreinhaltung

Zur Weiterentwicklung der Luftreinhaltung, insbesondere mit Blick auf die weiterhin zu hohe Stickstoffdioxid-Belastung, soll das LKW-Routenkonzept überprüft werden. Die Lenkung des Güterverkehrs soll auch in Kooperation mit den Anbietern von Navigationsgeräten verbessert werden. Überörtliche Durchgangsverkehre müssen effektiver auf die Autobahnen gelenkt werden (z. B. A44 statt B7), die Erreichbarkeit für Ziel- und Quellverkehre muss erhalten werden.

Die Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen des Luftreinhalteplans soll evaluiert werden. Wo möglich sind sie zu beschleunigen (z. B. die Beschaffung schadstoffarmer Fahrzeuge bei Stadt, Rheinbahn, Stadtwerke und Awista). Mit Polizei und Bezirksregierung soll eine Verbesserung bei den Kontrollen der verkehrlichen Maßnahmen entwickelt werden.

Die seit langer Zeit von der Stadt geplante Landstromversorgung für Binnenschiffe am Robert-Lehr-Ufer werden wir realisieren. Insbesondere die z. T. über mehrere Wochen am Rheinufer festgemachten Hotelgastschiffe sollen in Zukunft über Elektroleitungen mit Energie versorgt werden, damit sie in dieser Zeit ihre häufig veralteten Dieselaggregate abschalten können. Gleiches wollen wir auf dem Gelände des Flughafens erreichen, damit die in Park- und Warteposition befindlichen Flugzeuge ihre kerosinbetriebenen Turbinen abschalten und ihre Aggregate mit Bodenstrom versorgen können. Damit entfällt der Dauerbetrieb dieselbetriebener mobiler Stromaggregate.

Zusammen mit den Nachbarkommunen wollen wir Initiativen für regionale Maßnahmen zur Luftreinhaltung starten, z. B. zur Senkung der verkehrlichen regionalen Hintergrundbelastung und im Bereich der Rheinschifffahrt.

Die Planungshinweiskarte werden wir konsequenter berücksichtigen, insbesondere die Frischluftschneisen sind für uns unantastbar. Nachträgliche Dach-, Innenhof- und Fassadenbegrünung im Gebäudebestand wollen wir mit einem Förderprogramm unterstützen – begrenzt auf Wohngebäude sowie Kleinunternehmen und auf die in der Klimaanalyse abgegrenzten Lasträume.

Stadtgrün und Artenschutz

Die **Wiederaufforstung** nach „Ela“ werden wir vorantreiben und die notwendigen Finanzmittel über die nächsten Jahre bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir mit einem „1.000 Bäume“-Programm

auch an neuen Standorten zusätzliche Bäume schaffen, insbesondere an Straßen und Plätzen in Quartieren mit besonderem Bedarf an ökologischer und klimatischer Verbesserung. Bei notwendigen Baumfällungen werden wir die Transparenz verbessern und die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer umfassend und so früh wie möglich informieren. Auch im Rahmen von Bauleitplanung und Baugenehmigungen sollen die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer frühzeitig informiert werden, also vor Entscheidungen, die Baumfällungen nach sich ziehen.

Der neue **Grünordnungsplan (GOP)** ist unsere Grundlage für die zukünftige Stadtgrünentwicklung und die Förderung der biologischen Vielfalt. Wir werden ihn bei Planungen immer berücksichtigen und durch Stadtteil-GOP konkretisieren. Konkrete Maßnahmen für mehr Grün werden wir insbesondere in Quartieren mit Gründefizit umsetzen. Lokalklimatisch wirksame Grünflächen werden wir nach Möglichkeit auch in städtebaulichen Verträgen und Gestaltungsvereinbarungen verankern.

Die **naturnahe Grünpflege** wollen wir ausbauen, z. B. durch neue Blühstreifen, Wildwiesen und dauerhafte Staudenpflanzen in den Parkanlagen. Zur ökologischen Aufwertung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität werden wir teilweise Umbauten bei nicht denkmalgeschützten Parks prüfen. Dem Bündnis für biologische Vielfalt werden wir beitreten.

Gemeinschaftsgärten und Urban Gardening Projekte werden wir fördern indem städtische Flächen zur Zwischennutzung angeboten werden und die Initiativen feste Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner in der Verwaltung haben. Auch Projekte der Essbaren Stadt – die Anpflanzung von Gemüse, Obst und Kräutern frei für alle im Stadtgebiet – werden wir initiieren und unterstützen. Partizipationsprojekte zur Beteiligung der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in der Planung von Parks und Grünflächen wollen wir ausbauen.

Als wichtige Maßnahme des **Tierschutzes** werden wir – wie zahlreiche andere Kommunen – ein Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationsgebot für freilaufende Katzen beschließen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine landesweite Verordnung ein, die hier zusätzliche Rechtssicherheit schafft. Zum Schutz von Wildtieren in Zirkusbetrieben werden wir uns in Zukunft an den Leitlinien der Bundesregierung für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben orientieren. Ein Bienenkataster, das über die Bienenvölker in Düsseldorf informiert und geeignete neue Standorte aufzeigt, werden wir unterstützen. Wir wollen für Düsseldorf eine ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte bzw. einen ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten ernennen, die/der die vielfältige Arbeit des ehrenamtlichen Tierschutzes vernetzt und den Austausch mit der Verwaltung verbessern soll. Unser Tierheim als zentrale Einrichtung für den Tierschutz vor Ort wollen wir stärken und insbesondere die Pauschalen für Fundtiere und die Unterbringung von gefährlichen Tieren auf Angemessenheit überprüfen.

Umweltbildung

Angebote für Umweltbildung in den Düsseldorfer Schulen und Kitas werden wir weiter unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Waldschule im Wildpark als zentralen Ort der Umweltbildung für Schulklassen und Kindergärten stärken. Dazu werden wir den Um- und Neubau inklusive umweltpädagogischen Konzepts gemeinsam mit der großen Unterstützung des Freundeskreises umsetzen. Auch das Projekt Kleine Stadtbauern wollen wir unterstützen und als umweltpädagogisches Angebot ausbauen, ebenso wie das BUND-Projekt für einen städtischen Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in Düsseldorf-Lörick. Nach der Sanierung wollen wir mit dem Aquazoo die Umsetzung des „blauen Klassenzimmers“ als naturbezogenen Projektunterricht, der in der Natur oder im Aquazoo stattfindet, realisieren. Die Angebote des Stadtentwässerungsbetriebs wollen wir dabei miteinbeziehen.

Gewässerschutz

Die Offenlegung und Renaturierung von Fließgewässern in Düsseldorf werden wir weiter forcieren. Zur Erweiterung eines wichtigen Retentionsraumes werden wir für die Rückverlegung des Himmelgeister Deiches eine neue Prüfung in Auftrag geben. Den Schutz des Grundwassers durch Analysen und Prävention werden wir intensivieren und aufgrund der zunehmenden

Herausforderungen durch Chemikalien, Partikel und Umweltgifte ausbauen. Die Sanierung des Grundwassers, insbesondere bei PFT und CKW, wollen wir beschleunigen. Dabei werden wir alle Verursacher in die Pflicht nehmen, umfassend und schneller zu sanieren. Fracking oder Probebohrungen dazu werden wir weder auf Düsseldorfer Stadtgebiet noch im Umland billigen oder unterstützen.

Abfallwirtschaft

Informationen und Projekte zur Abfallvermeidung wollen wir stärken. Im Rahmen des neuen Abfallwirtschaftskonzepts wollen wir die Möglichkeiten zur Mülltrennung weiter verbessern. Dazu wollen wir eine kostenlose Biotonne für alle Düsseldorfer Haushalte einführen und werden Umsetzungsmöglichkeiten in den Innenstadtbezirken erarbeiten lassen. Den Bau einer Biogasanlage werden wir in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der Awista prüfen. Außerdem wollen wir das Angebot der Papiertonnen ausweiten und die Wertstoffsammlung inklusive der notwendigen Infrastruktur (z. B. Sammelstellen) verbessern.

In enger Abstimmung sowie Co-Finanzierung mit den Bezirksvertretungen werden wir mit einem städtischen Programm neue Unterflur-Container schaffen. Wir werden „Pfandringe“ für das Abstellen von Pfandflaschen an Mülleimern testen. Die Arbeit der Awista zur Stadtsauberkeit werden wir kritisch begleiten.

Das „Urban Mining“ wollen wir stärker nutzen, beispielsweise durch Baustoffrecycling. Die Süd-Erweiterung der Deponie Hubbelrath werden wir kritisch überprüfen.

Städtische Beschaffung

Wir wollen den Faktor Nachhaltigkeit in der Beschaffung stärken, damit die Stadt Düsseldorf ihrer Vorbildfunktion gerecht wird. Ökologische und ökonomische Ziele sollen durch Analyse der Lebenszykluskosten gleichzeitig beachtet werden. Wir werden die Stadt und ihre Tochtergesellschaften ermuntern, bei Veranstaltungen das Catering offensiv für das Angebot und die Bewerbung regionaler und biologisch erzeugter Produkte zu nutzen. Regionale Wochenmärkte, die insbesondere biologisch erzeugte und saisonale Waren anbieten, wollen wir unterstützen und erfolgreiche Modelle auf weitere Plätze und Stadtteile übertragen.

Gasleuchten

Der Masterplan „Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ wurde und wird in unserer Stadt kontrovers und emotional diskutiert. Wir wissen um die Bedeutung der Düsseldorfer Gasbeleuchtung, bekennen uns aber auch zu den vereinbarten Emissionsreduktionen.

Wir werden die Verwaltung beauftragen, eine Bilanz des Masterplans vorzulegen. Sie soll aufzeigen, wo umgerüstet wurde, wo Gasleuchten vorhanden sind und bei welchen Leuchten absehbar Erneuerungsbedarf besteht. Den Masterplan werden wir zu einem Erhaltungsplan weiterentwickeln, worin Gebiete festgelegt werden, in denen die historische Beleuchtung erhalten wird, beispielsweise die Altstadt, die Carlstadt, das Gründerzeitviertel in Oberkassel, der Kaiserswerther Markt sowie das historische Zentrum von Gerresheim. An sonstigen Straßen, an denen eine Erneuerung der Leuchten notwendig ist, werden wir die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer maßgeblich an der Entscheidungsfindung zwischen Erneuerung als Gasleuchten und Umrüstung auf Strom beteiligen. Über alle Maßnahmen informieren wir frühzeitig und transparent. Anwohnerinnen und Anwohner wollen wir nicht einseitig an den Kosten möglicher Umrüstungen beteiligen, sondern sie auch an den Ersparnissen durch die Umrüstung teilhaben lassen. Wir werden die Verwaltung beauftragen zu prüfen, wie ein entsprechendes Modell umgesetzt werden kann und auch, ob mögliche Regresspflichten an das Förderprogramm des Bundes entstehen.

Das Ziel der Emissionsreduktion bleibt unangetastet. Sollte die ursprünglich geplante Emissionsreduktion im Bereich der Straßenbeleuchtung aufgrund von Änderungen nicht erreicht werden, müssen andere Maßnahmen dies kompensieren (z. B. durch Umrüstung auf LED, Betrieb mit Deponiegas). Da sich seit dem Beschluss 2010 die LED Technik weiterentwickelt hat, sollen die

Option, von Gas direkt auf LED statt auf Natriumdampfhochdruck oder bei erneuerungsbedürftigen Stromleuchten auf LED umzurüsten, erneut geprüft werden soll.

Mobilität

Radverkehr

Immer mehr Düsseldorferinnen und Düsseldorfer steigen auf das Rad. Wir wollen den Radverkehr sicherer und attraktiver machen und werden den Radverkehr noch stärker fördern. Wir wollen den Anteil am Modal Split mittelfristig auf **25 %** ausbauen. Die notwendigen Mittel für Radnetz, Abstellanlagen und Öffentlichkeitsarbeit werden wir über einen deutlich höheren Etat für Radverkehrsförderung bereitstellen.

Wir unterstützen die Pläne, das stadtweite Fahrradnetz in drei Ebenen weiterzuentwickeln und zügiges und sicheres Radfahren zu ermöglichen. Den ersten **Radschnellweg** wollen wir gemeinsam mit dem Land NRW von Langenfeld über Benrath und die Universität nach Neuss realisieren. Perspektivisch planen wir Trassen von der Innenstadt über das Glashüttengelände nach Erkrath sowie nach Duisburg. Die Schnellwege werden durch innerstädtische Hauptachsen verbunden, als Teil des neuen **Hauptnetzes**, das auch die Stadtteile untereinander und mit der Innenstadt verbindet. Die Wege in diesem Netz müssen so ausgebaut werden, dass sie schnelleren Radfahrerinnen und Radfahrer das Überholen ermöglichen. Innerstädtisch gehört der Radverkehr dabei grundsätzlich auf die Fahrbahn (Rad- oder Schutzstreifen, Fahrradstraße). Gerade die städtebauliche Neuordnung nach Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie bietet Möglichkeiten für solche Radrouten. Für die weiteren Wege und Verbindungen werden wir die Umsetzung der 2001/2002 beschlossenen **Bezirksnetze** überprüfen, die fehlenden Abschnitte in Abstimmung auf das Hauptnetz aktualisieren und umsetzen.

Insbesondere an **Kreuzungen** werden wir die Radverkehrsführung verbessern. Dazu wollen wir bedarfsgerecht Fahrradampeln nutzen, die dem Radverkehr vorgezogen „Grün“ geben können, Aufstellflächen markieren und die Wege direkt über die Kreuzung führen, nicht über die Fußgängerampeln.

Neue und gute **Fahrradstellplätze** sind eine weitere Säule gelungener Fahrradförderung. Wir werden im öffentlichen Raum zusätzliche Stellplätze schaffen und alte Bügel und „Felgenkiller“ ersetzen. Alle städtischen Ämter, Dienststellen und Bürgerbüros sollen mit Abstellplätzen ausgerüstet sein. Bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und beim Handel wollen wir durch Kooperation und Beratung mehr Fahrradstellplätze erreichen. Für Neubauten werden wir entsprechende Vorgaben in die Stellplatzsatzung aufnehmen. Abschließbare Fahrradboxen an S-Bahnhöfen werden wir unterstützen und eine Dependence der Radstation auf dem Konrad-Adenauer-Platz vor dem Hauptbahnhof einplanen. In den Innenstadtbezirken wollen wir private Initiativen für Fahrradparkhäuschen mit einer Anschubunterstützung fördern.

Bei Veranstaltungen und Baustellen müssen Ausweichrouten eingerichtet und ausgeschildert werden.

Straßenbau

Straßenneubau ist nur dann vertretbar, wenn belastete Stadtteile entlastet werden und er nicht zusätzlichen Verkehr anzieht. Ortsumgehungen werden wir nur zweispurig (plus Abbiegespuren) planen. Die Entscheidung über die bislang im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) enthaltenen Trassen werden wir im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungs- und -verkehrsplanung treffen. Dafür müssen sowohl die bestehenden Verkehre nach Durchgangs-, Ziel- und Quellverkehren als auch die zukünftigen Mobilitätsbedürfnisse analysiert werden. Die Erreichbarkeit der Stadt werden wir ebenso sichern wie die entlastende Wirkung von eventuellen Straßenneubauten. Wir werden keine City-Maut einführen.

Im Bereich des neuen **Glasmacherviertels** werden die L404n entlang der Bahntrasse und die Verlängerung der Torfbruchstraße auf zwei Spuren reduziert. In Richtung Süden wird der Verkehr weiterhin über die Rampenstraße und die Glashüttenstraße geführt. Eine Trasse durch die Düsselau wird nicht weiter geplant.

Zur Optimierung der Verkehrsführung am **Mörsenbroicher Ei** werden wir einen Prüfauftrag erteilen.

Durch Verkehrsanalysen soll auch die Möglichkeit zur Lenkung überregionaler Verkehre festgestellt werden. Außerdem sollen die U71 als neue Stadtbahnverbindung sowie die 701 – zukünftig beide ab / bis Theodorstraße – als Chance für Park+Ride Verkehre genutzt werden.

Die **Schadowstraße** wird in Abstimmung mit dem Handel und den Anwohnerinnen und Anwohnern rund um die Uhr zur Fußgängerzone mit Radweg. Die Zufahrt für Lieferverkehr, Rettungsdienste etc. wird gesichert. Die gewonnenen Straßenflächen sollen für belebende Elemente genutzt werden (z. B. Kunstaktionen, Gastronomie).

Die **Mühlenstraße** soll autofrei werden, mit Ausnahmen für Anwohnerinnen und Anwohner, Lieferverkehr und Taxis. Die konkreten Maßnahmen (z. B. bauliche Änderungen, versenkbare Poller) werden erarbeitet und nach Abschluss der Großbaustellen (Andreasquartier, Stadthaus) umgesetzt. Für den Taxisstand am Burgplatz wird gemeinsam mit den Taxifahrerinnen und Taxifahrern, Anwohnerinnen und Anwohner und Sicherheitskräften ein neues Konzept erarbeitet.

Kreisverkehre, insbesondere kleine Kreisverkehre, sind vorteilhaft für den Verkehrsfluss sowie die Verkehrssicherheit und im Vergleich zu Ampelanlagen kostengünstiger. Bei turnusmäßigen Erneuerungen von Ampeln sowie beim Straßenneubau wird der Bau von Kreisverkehren daher als Alternative geprüft; beispielsweise die neue Kreuzung aus Torfbruchstraße und L404n.

Zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit** werden wir Tempo 30 vor Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in enger Abstimmung mit den Bezirksvertretungen ausbauen. Auf Nebenstraßen gilt diese Regel generell, auf Hauptverkehrsstraßen werden die Einzelfälle geprüft. Wo verkehrliche Gründe gegen Tempo 30 sprechen, müssen andere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erarbeitet werden. Weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen, z. B. als Lärmschutz, werden wir im Einzelfall prüfen. Die Beachtung der Geschwindigkeit wollen wir durch neue Mittel wie die Abschnittskontrolle (unter Berücksichtigung strenger Anforderungen an den Datenschutz) und den deutlich verstärkten Einsatz von Dialog-Displays, sogenannter Smilies, unterstützen.

Für die Stadtbezirke 1 bis 4 werden wir **Parkraumkonzepte** in Auftrag geben. Diese werden Ansätze für eine bessere Auslastung vorhandener Stellplätze und Garagen und eine Entlastung im öffentlichen Raum liefern und zeigen, in welchen Vierteln neue Quartiersgaragen wirtschaftlich möglich sind. Stellplätze für Elektroautos und -fahrräder wollen wir u.a. in Kooperation mit den Stadtwerken ausbauen. Ebenso wollen wir mehr Plätze für CarSharing im halböffentlichen und öffentlichen Raum schaffen. In den Stadtteilzentren werden wir die Einführung einer „**Brötchentaste**“ für 15 Minuten kostenloses Parken prüfen, bei gleichzeitiger aufkommensneutraler Anpassung der Langzeitparkgebühren.

Elektroautos und -räder wollen wir durch den Ausbau der Stellplätze und Ladeinfrastruktur fördern und ihren Einsatz in der City-Logistik unterstützen.

Zur Stärkung der **Nahmobilität** und der Fußgängerfreundlichkeit werden wir das straßenräumliche Handlungskonzept im Rahmen der VEP-Fortschreibung weiterentwickeln und umsetzen. Bänke, Sitzmöglichkeiten und Fahrradständer werden auch über das Programm „1.000 Bänke“ hinaus zur Förderung der Nahmobilität und für die altengerechte Quartiersentwicklung geschaffen. Die Mindestbreiten für Geh- und Radwege müssen auch bei Gehwegparken sichergestellt sein. Die Zahl der öffentlich zugänglichen Toiletten wird durch das Projekt „Nette Toilette“ erhöht. Öffentliche City-Toiletten können im Einzelfall ergänzt werden.

Regionale Verkehrsplanung: Die Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen erhält durch den neuen Regionalplan eine noch stärkere regionale Dimension, da zusätzliche Flächen für den wachsenden Düsseldorfer Bedarf im Umland ausgewiesen werden. Diese Planung muss zwingend durch eine intensivere regionale Verkehrsplanung begleitet werden. Daher streben wir an, bei den zukünftigen Fortschreibungen des Flächennutzungsplans (FNP) und des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) diese als regionale Pläne gemeinsam mit den umliegenden Kommunen zu erarbeiten. Im laufenden Verfahren zur Fortschreibung des VEP werden die Kontakte zu den umliegenden Kommunen intensiviert, um insbesondere neue Schnellbusverbindungen und zusätzliche Park+Ride- bzw. Bike+Ride-Flächen zu schaffen und gemeinsam mit dem VRR eine Optimierung der SPNV-Anbindung zu erreichen.

Flughafen

Wir sind uns der Bedeutung des Flughafen Düsseldorf als Standortfaktor für die Region, das Land Nordrhein-Westfalen und seines Stellenwerts für die Sicherstellung von Mobilitätsbedürfnissen der in der Region und im Lande lebenden und arbeitenden Menschen und Unternehmen bewusst. Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens ist unbestritten. Deshalb wollen wir, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Er ist allerdings ein Stadtflughafen und liegt in einer dicht besiedelten Region, so dass sein Betrieb auch mit erheblichen Belastungen für seine Umgebung verbunden ist; demgemäß kann die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens nicht alleiniger Maßstab der Politik sein. Eine moderne Flughafenpolitik muss einen tragfähigen Interessensausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens einerseits und Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung andererseits sicherstellen. Dazu gehört für uns ein wirksamer Lärmschutz für die Flughafenanwohnerinnen und -anwohner.

Der Angerlandvergleich steht nicht zur Disposition. Eine Kapazitätserweiterung ist nur im Abgleich mit dem Angerlandvergleich möglich. Das geltende Nachtflugverbot wird konsequent angewendet, eine Ausweitung des Nachtflugs ist ausgeschlossen.

Wir stellen zudem fest, dass das Wachstum im Luftverkehr und die Anforderungen, die Klimawandel und Lärmschutz an den Luftverkehr stellen, intelligente wirtschaftliche sowie klima- und anwohnerfreundliche Lösungen erfordern.

Diese Auffassungen sind übereinstimmende Grundlage aller Kooperationspartner für eine gemeinsam zu verantwortende Flughafenpolitik, ungeachtet von grundsätzlich unterschiedlichen Positionen zur Frage des Flughafenausbaus.

Hafen Reisholz

Wir unterstützen einen Ausbau des Reisholzer Hafens, der sich an den Bedürfnissen der Betriebe im Düsseldorfer Süden orientiert und der die Möglichkeiten und Grenzen des Standortes berücksichtigt. Folgende Bedingungen sind für uns entscheidend:

- Beteiligung und Transparenz: Planungen werden öffentlich gemacht und erläutert. Bei allen Entscheidungen werden die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer frühzeitig informiert und beteiligt.
- Verkehrsverlagerung statt Verkehrsvermehrung: Verlagerung heutiger LKW-Verkehre auf Binnenschiffe und Schiene, somit Reduzierung der Verkehrsbelastung im Düsseldorfer Süden. Kein überregionaler „Hub“, der neue Verkehrsströme erzeugt.
- Regionale Kooperation: Entwicklung in Kooperation mit den Häfen in Krefeld und Köln, privatwirtschaftlicher Bau und Betrieb unabhängig von Steuergeldern.
- Umwelt: Auswirkungen auf den Rhein, die umliegende Natur und die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer müssen genau untersucht, öffentlich gemacht und minimiert werden.

ÖPNV

Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken und attraktiver machen. Zur **Beschleunigung** von Bussen und Bahnen setzen wir auf intelligente Ampelschaltungen und, da wo es im Einzelfall erforderlich und möglich ist, auch auf zusätzliche eigene Spuren. Vordringlich werden dabei die identifizierten Streckenabschnitte mit mehr als 20% Verspätungen bearbeitet. Besonders am Abend, an den Wochenenden und im Nachtexpress sind **Taktverdichtungen** nötig. Den barrierefreien Umbau der Haltestellen werden wir beschleunigen. Buskaps sind im Einzelfall zu prüfen im Hinblick auf die Auswirkung auf den motorisierten individuellen Verkehr und den ÖPNV, wie beispielsweise bei Knuppertsbrück.

Neue Stadtteile werden wir nur inklusive ÖPNV-Erschließung planen. Die Erschließung der Bergischen Kaserne werden wir schienenengestützt realisieren. Auch die Neubaugebiete Am

Quellenbusch, Glashütte und Grafental und des Sportparks Flingern wollen wir mit einer oberirdischen Stadt- oder Straßenbahntrasse über Hellweg, Dreher- und Torfbruchstraße erschließen. Für beide Trassen ist eine Förderung durch Bund bzw. Land Voraussetzung.

Wir beschließen, den Bau der U81 in der wirtschaftlichsten Form zu realisieren. Wir werden noch in dieser Wahlperiode die Weichen stellen, den zweiten Bauabschnitt der **U81** mit Rheinquerung zu realisieren.

Der **Regionalhalt Bilk** und der **RRX-Halt Benrath** haben für uns hohe Priorität. Wir werden uns gegenüber der DB energisch für deren Realisierung einsetzen. Die Kapazitäten im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in der Region Düsseldorf müssen grundsätzlich ausgebaut werden. Hierfür werden wir im VRR bei der Neuausschreibung streiten, ebenso für bessere Qualität und Kommunikation (insbesondere bei Störungen) sowie für die zügige Sanierung der S-Bahnhöfe.

Moderne Mobilität verknüpft Bus und Bahn, CarSharing, Taxis und Leihfahrräder. Wir wollen das **Multimodale** Ticket der Rheinbahn weiterentwickeln und attraktiver machen, so dass Düsseldorf zur Modellstadt wird. Gemeinsam mit der Rheinbahn wollen wir neue Formen der Nutzerbeteiligung entwickeln, beispielsweise über einen Fahrgastbeirat.

Das Liniennetz nach Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie wollen wir bedarfsgerecht ausgestalten und den ÖPNV nicht durch vermeintliche Kostendeckel ausbremsen. Folgende Verbesserungen werden wir vorerst für ein Jahr vornehmen und gemeinsam mit den Fahrgästen sowie der Rheinbahn auswerten:

Die Linie 708 wird mit Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie nicht eingestellt, sondern zwischen Heinrichstraße, Hauptbahnhof und Polizeipräsidium weiterhin eingesetzt. Möglichkeiten zur nachhaltigen Sicherung der 708, z. B. durch eine Verlängerung zum neuen FH-Campus oder durch eine neue Trasse auf der Graf-Recke-Straße, werden wir erarbeiten lassen.

Die neue U71 wird ab Umlandstraße in einen Nord-Ast zur Heinrichstraße und einen Ost-Ast zum Gerresheimer Krankenhaus geteilt, die jeweils alle 20 Minuten bedient werden. Die Taktung der Linien 708 und 709 werden entsprechend angepasst.

Der SB 56 soll erhalten bleiben. Perspektivisch soll die Straßenbahnverlängerung vom Bahnhof Bilk über die Himmelgeister Straße zur Uni-West weiterverfolgt werden. Zur Verbesserung der Erschließung der Universität werden wir die **U79 bis zur Mensa** verlängern. Die Erreichbarkeit aus Richtung Süden wollen wir verbessern.

Die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden sind wichtige Gründe, sich für oder gegen die Benutzung des Öffentlichen Nahverkehrs zu entscheiden. Deshalb gehört die **Sicherheit** zur erwarteten Kernkompetenz im Nahverkehr. Wir werden gemeinsam mit der Rheinbahn an einer qualifizierten Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts arbeiten.

Ordnungspolitik

Kommunikation und gegenseitige Rücksichtnahme ist die Grundlage für das Zusammenleben in der Stadt und für den öffentlichen Raum als Treffpunkt. Konflikte entstehen, wo sich konkurrierende Nutzungen überlagern und sich Menschen durch andere gestört oder belästigt fühlen. Ausgrenzung, Vertreibung und Verbote sind jedoch keine Lösungen, sondern verlagern bzw. verschlimmern Probleme. Wir werden daher frühzeitige, präventive Ansätze insbesondere beim Ordnungs- und Servicedienst (OSD) stärken. Die Straßensatzung werden wir überprüfen. Wir werden keine Alkoholverbote in Düsseldorf einführen. Wir lehnen weitere Kameras zur Videoüberwachung des öffentlichen Raumes ab. Wir werden ein Fortbildungskonzept für OSD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter entwickeln, das ihrem Anforderungsprofil entspricht. Das Barrett soll nicht länger zur Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen

Wohnen

Wir werden die gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik in Düsseldorf fortsetzen und weiterentwickeln. Hierzu wird Folgendes vereinbart:

Schaffung von neuen Wohnungen

Düsseldorf hat weiterhin einen großen Bedarf im Wohnungsneubau, insbesondere hinsichtlich der Versorgung mit Wohnraum von Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen sowie beim Neubau von barrierefreien Wohnungen, darüber hinaus erwarten wir weiteres Bevölkerungswachstum. Die neuen Einwohnerinnen und Einwohner sind uns willkommen. Die beginnende Neubaudynamik wollen wir weiter entfalten. Im Rahmen eines Leitbildes „Kompakt – urban – begrünt“ soll die Stadt entwickelt werden. Besondere Zielgruppen dieser Entwicklung sind alte wie junge Singles und Familien gleichermaßen. Damit wollen wir bestehende Suburbanisierungs-Tendenzen abschwächen, auch durch Einfamilienhäuser, Townhäuser usw. Für einzelne Stadtteile sollen gewünschte (Mindest-)dichten formuliert werden.

Das Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt „Zukunft Wohnen. Düsseldorf“ wird von uns als Basis für die weitere Wohnungspolitik in Düsseldorf angesehen. Es wird hinsichtlich seiner Wirkungen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten ab sofort mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren des Wohnungsmarktes jährlich überprüft.

Hierbei soll die Quote von bisher 40 % für geförderten und preisgedämpften Wohnungsbau weiterhin Bestand haben. Dabei ist besonders zu prüfen, ob der Bestandteil öffentlich geförderter Wohnungen in Relation zum preisgedämpften Wohnungsbau markt- und bedarfsgerecht erhöht werden kann. Beim preisgedämpften Wohnraum sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass die Regeln so einfach und klar sind, dass ihre Anwendung durch die Verwaltung nicht zu Verzögerungen bei der Genehmigung von Wohnbauprojekten führt. Zur Evaluierung gehört auch, ob angesichts des demographischen Wandels eine Festlegung von Anteilen für barrierearme Wohnungen in städtebaulichen Verträgen zielorientiert ist.

Darüber hinaus sollen alle Neubauwohnungen zeitnah dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden.

Hierzu sollen in städtebaulichen Verträgen strafbewehrte Verpflichtungen zur zeitnahen Wohnnutzung der Wohnungen aufgenommen werden.

Die Innenentwicklungspotenziale müssen nutzbar gemacht werden. Hierfür werden geeignete Instrumente entwickelt und angewendet. Darüber hinaus setzen wir die Erhebungen über Umnutzungsmöglichkeiten von Büros in Wohnungen für die Stadtbezirke 1-4 fort. Für diese Stadtbezirke sollen spätestens im Jahr 2017 Ergebnisse vorliegen.

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung des Landes sollen Wohnungsbauprojekte für Studierende, Auszubildende, Berufsstarterinnen und Berufsstarter entwickelt werden. Für die Entwicklung und Realisierung sollen innovative, aber auch realistische Beteiligungsmodelle entwickelt werden.

Das Angebot an bezahlbaren altengerechten und betreuten Wohnformen wollen wir in allen Düsseldorfer Stadtbezirken ausbauen. Initiativen, Wohn- und Baugruppen, die entsprechende Projekte in diesem Bereich umsetzen möchten, unterstützen wir.

Weiterentwicklung des Düsseldorfer Wohnungsbestandes

Düsseldorf hat als wachsende Metropole wie andere Städte auch mit stark überdurchschnittlichen Mietpreissteigerungen, insbesondere in den innenstadtnahen Lagen, zu kämpfen. Diese strahlen auf das gesamte Stadtgebiet aus und führen in eher randstädtischen Lagen zu dort bislang nicht erlebten Mietpreissteigerungen. Ein Grund dafür sind stark renditeorientierte Wohnungsunternehmen, die in diesen Wohngebieten dominieren. Die Entwicklungen auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt mit seinen über 330.000 Wohnungen sollen mit Hilfe umfassender, qualifizierter Daten transparent gemacht werden. Hierfür sollen die bisherigen Aktivitäten des

Mietervereins und Haus & Grund, der Gesellschaft zur Ermittlung von Wohnungsmarktdaten e.V. (GEWD) mit einer eigenen städtischen quartierscharfen Erhebung verknüpft und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Gegen unterlassene Wohnungsinstandhaltung wird seitens der Stadtverwaltung aktiv vorgegangen. Hierzu gehört auch eine entsprechend problembewusste Wohnungsmarktbeobachtung. In geeigneten Kooperationen werden bei Bedarf Beratungen und Informationen für die betroffenen Mieterinnen und Mieter angeboten.

Die städtische Beratung und Unterstützung für die Schaffung von barrierefreien bzw. barrierearmen Wohnungen sollen im Rahmen einer „Offensive für Barrierefreiheit“ verbessert und ausgebaut werden.

Mit den Wohnungsgesellschaften wollen wir ein Umzugsmanagement etablieren, in dessen Rahmen ältere Kleinhaushalte ihre zu groß gewordene Wohnung mit jungen Familien tauschen, denen ihre Wohnung zu klein geworden ist. Dies beinhaltet auch die Betreuung des Umzugsprozesses und insbesondere für die älteren Haushalte ökonomisch vorteilhaften Mietregelungen.

„Wohnen für Hilfe“ wollen wir bekannter machen und professionalisieren.

Städtische Liegenschaften und die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWD)

Städtische Liegenschaften sind ein wichtiger Baustein für mehr bezahlbaren Wohnraum. Nicht jede Liegenschaft muss verkauft aber auch nicht behalten werden. Die städtischen Liegenschaften werden einer Neubewertung hinsichtlich einer urbanen, kompakten und begrünten Stadtentwicklung unterzogen, und es wird neu festgelegt, welche Liegenschaften für die Stadt entbehrlich bzw. unentbehrlich sind und welche in Erbpacht vergeben werden können. Künftig werden bei den zum Verkauf anstehenden Liegenschaften Konzeptausschreibungen - auch mit ökologischen Aspekten – angewendet, und nicht allein der Preis wird entscheidend sein.

Die Städtische Wohnungsgesellschaft soll künftig eine aktive Rolle ergänzend zu anderen Akteurinnen und Akteuren im Wohnungsbau (Investoren, Genossenschaften, Baugruppen etc.) spielen. Hierfür wird bis zum Sommer des Jahres 2015 untersucht, welche Rechtsform und welche Verknüpfungen zu anderem kommunalen Eigentum geeignet sind und wie die Städtische Wohnungsgesellschaft einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft erwirtschaften kann, wie dies beispielsweise mit den Mieterbüros schon geschieht.

Genossenschaften, Baugemeinschaften und Wohngruppen

Eigeninitiative und -organisation haben schon vor über 100 Jahren die Stadtentwicklung belebt. Von den gebauten Ergebnissen der Gründungswelle der Genossenschaften profitiert die Stadt noch heute. Ähnliches kann in einem anderen Maßstab von den Wohngruppen und Baugemeinschaften gesagt werden. Diese Eigeninitiative und -organisation wollen wir stärker als bisher entfalten.

Die Gründung von neuen Genossenschaften wollen wir aktiv fördern. Für neue Genossenschaften sowie Baugemeinschaften und Wohngruppen wollen wir mind. 10 % der zum Verkauf stehenden Liegenschaften gezielt anbieten und mit einem Bewerbungs- und Vergabeverfahren vergeben. Die Anhandgabe der Grundstücke erfolgt für ein Jahr. In einer Agentur für Baugemeinschaften und Wohngruppen bündeln wir die städtischen Kompetenzen zur Unterstützung von Baugemeinschaften. Für eine entsprechend durchsetzungsstarke Organisation der entsprechenden Verwaltungsprozesse werden die Voraussetzungen geschaffen. Sie berichtet dem Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung jährlich über ihre Arbeit.

Quartiersentwicklung

Wir wollen die Düsseldorfer Wohnungsunternehmen und Wohnungseigentümer in die Quartiersentwicklung stärker miteinbeziehen. Die bestehenden Kooperationsaktivitäten von Wohnungsunternehmen sowie Haus & Grund werden wir in den nächsten beiden Jahren evaluieren und auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit in Sozialräumen mit mindestens überdurchschnittlichem

Handlungsbedarf prüfen. Pflege, Einzelhandel, soziale Sicherheit, Mobilität, Klimaschutz oder Grün- und Spielflächen können Themen dieser Kooperationen sein.

Wohnungsdezernat und Wohnungsamt

Eine erfolgreiche Wohnungspolitik braucht auch eigene Zuständigkeiten. Das Wohnungsamt soll wie bisher einem Wohnungsdezernat zugeordnet bleiben.

Der Wohnungsausschuss erhält alle zwei bis drei Jahre einen umfangreichen Bericht, der auch detaillierte Informationen über die Anbieter- und Nachfrageseite, wenn geboten, auch sozialraumscharf, wie beispielsweise bei der Wohndauer, enthält.

Soziales

Mit der **Einführung der NRW Ehrenamtskarte** in Düsseldorf wird das Ehrenamt gestärkt und gewürdigt.

Die **Quartiere in Düsseldorf** werden mit 10 Quartiersmanagerinnen bzw. Quartiersmanagern ausgestattet. Wir möchten die soziale Arbeit in Düsseldorf stärker an den jeweiligen Bedürfnissen der Menschen in den Sozialräumen ausrichten, um effektiver die soziale Mischung in den Quartieren zu erhalten, einer Armutsverfestigung vorzubeugen, Gesundheitsprävention zu betreiben, die gesellschaftliche Integration zu befördern, die Bildungspartizipation zu verbessern und eine eigenständige Lebensführung im Alter zu unterstützen.

Insbesondere für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf sehen wir in einem Quartiersmanagement eine Maßnahme, die grundsätzlich geeignet ist, den wachsenden Segregationstendenzen in den Stadtteilen entgegenzuwirken und diese Stadtteile zu stabilisieren.

Eine solche sozialräumliche Ausgestaltung kommunalen Handelns sollte daher von folgenden Prinzipien geleitet sein:

- ressort- und handlungsfeldübergreifendes Arbeiten,
- integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte,
- Ausbau quartiersnaher Strukturen,
- Vernetzung und Einbindung lokaler Akteure,
- durch Bewohnerinnen und Bewohner getragene Strukturen, Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Dabei müssen sich die Fachbereiche gemeinsam auf eine sozialräumliche Ausgestaltung ihrer Konzepte und Planungen verständigen und diese zur Grundlage ihres Handelns machen. Angesprochen sind dabei insbesondere die Themenfelder Soziales, Jugend und Familie, Pflege und Alter, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnen.

So sollten beispielsweise:

- sozial benachteiligte Stadtteile grundsätzlich bei Infrastrukturmaßnahmen und personellen Stellenbesetzungen vorrangig gefördert (analog „Kein Kind zurücklassen“),
- weitere „soziale Stadtprojekte“ auf den Weg gebracht,
- die Koordinationsfunktionen und Budgets des Bezirkssozialdienstes ausgebaut,
- Präventionsketten geschaffen,
- begleitende Hilfen ausgebaut und Fördervereine unterstützt werden.

Dabei brauchen die Bewohnerinnen und Bewohner verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die für die einzelnen Sozialräume zuständig sind. Diese Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort sollen in den Quartieren Netzwerke knüpfen oder ergänzen. Sie moderieren Arbeitsgruppen, Workshops, Foren etc. und schaffen Verbindungen zu den Einrichtungen vor Ort. Dabei liegt ihre Kernaufgabe in der Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern.

Die meisten Menschen wollen auch **im Alter ein selbstbestimmtes Leben** in ihrem gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld, ihrer Wohnung und ihrem Quartier, führen. Dies gilt auch bei Unterstützungsbedarf oder gar bei Pflegebedürftigkeit - in der Regel bis zum Lebensende. Wir werden die Pflegeinfrastruktur weiterentwickeln, insbesondere damit

- ambulante Pflege dann abgerufen werden kann, wenn sie benötigt wird;
- bei Bedarf haushaltsnahe Dienstleistungen zur Verfügung stehen und abgerufen werden können;
- die gesundheitliche und medizinische Versorgung gewährleistet ist;
- pflegende Angehörige unterstützt und entlastet werden;
- Gruppenwohnungen, ambulant unterstütztes Wohnen, Hausgemeinschaften etc.

gefördert und weiter ausgebaut werden;

- die Tages- und Nachtpflege ausgebaut wird;
- die Zentren plus und ihre Dependancen zugehende Hilfe anbieten können und
- eine transparentere Bewertung von Pflegeheimen zur Verfügung steht.

Für die Entwicklung versorgungssicherer Quartiere werden wir den modular aufgebauten "Masterplan altengerechte Quartiere.NRW" nutzen. Bereits vorhandene Konzepte wie z. B. in Gerresheim werden in die Planungen mit einbezogen.

Um die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüfen zu können, wird ein **Armutsbericht** als eine transparente, lesbare, gebündelte Übersicht erstellt.

Die Angebote der **Schuldnerberatung** werden ausgebaut u. a. mit einer speziellen Ausrichtung auf junge Leute: Der Präventionsgedanke wird unterstützt und die bereits bestehenden Angebote werden beworben und ausgeweitet.

Die für Obdachlose vorgehaltenen **Unterkünfte** sollen ausschließlich dieser Zielgruppe zur Verfügung stehen und nicht mit Flüchtlingen belegt werden.

Die für ein Mietverhältnis notwendigen **Barkautionen** werden als Regelleistung vom Jobcenter übernommen.

Eine **Lenkungsgruppe Wohnungs- / Obdachlose** wird eingerichtet, um die bestehenden Anforderungen im Bereich Wohnungs- und Obdachlosigkeit aufzugreifen, Handlungsempfehlungen zu entwickeln und Ergebnisse zu evaluieren.

Die Verwaltung wird aufgefordert, weitere Standorte für **Mieterbüros** zu identifizieren, um diese entweder in Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften oder – bei privaten Vermietern – mit anderen Trägern einzurichten.

Um eine **Stärkung der Träger von Berufsbildungsangeboten** zu erreichen, werden die in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen bei den beiden städtischen Töchtern Zukunftswerkstatt Düsseldorf (**ZWD**) und Jugendberufshilfe (**JBH**) zurückgenommen.

Wir werden die **kommunale Beschäftigungsförderung** u. a. mit der Einrichtung eines **sozialen Arbeitsmarkts** unterstützen. Für die Beschäftigungspolitik und Qualifizierung mit dem Ziel der Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt, werden zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt.

Inklusion

Soziale Stadtgesellschaft

Wir werden bei der Umsetzung der Inklusion in Düsseldorf planvoll vorgehen. Grundlage und Vorbild ist der Aktionsplan der Landesregierung. Inklusion bedeutet, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Handicap gemeinsam aufwachsen, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dafür müssen Barrieren abgebaut und vielfältige Unterstützungsangebote auf- bzw. ausgebaut werden.

- Das Altstadt-Rathaus und alle 10 Stadtbezirksrathäuser werden baulich und digital barrierefrei umgebaut und so allen Menschen zugänglich gemacht.
- Die Beratungsangebote für Menschen mit Handicaps zu allen Bereichen des täglichen Lebens werden da, wo es sinnvoll ist, gebündelt.
- Wir werden das Ehrenamt und die Freiwilligendienste dabei unterstützen, sich für Inklusion zu öffnen.
- Wir werden ein Konzept erarbeiten, um Menschen mit Handicaps Beschäftigungsmöglichkeiten in Außenarbeitsgruppen und Integrationsgesellschaften außerhalb der Werkstatt für angepasste Arbeit immer mehr zu ermöglichen. Die Stadtverwaltung und die Unternehmen der städtischen Holding werden dabei Vorbild sein.
- Wir setzen uns für die inklusive Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ein, um z. B. Mütter mit Behinderung oder Hochschulabsolvent*innen mit Handicaps berufliche Perspektiven zu bieten.
- Dafür werden auch die Mitarbeitenden des Jobcenters in beruflicher Integration und entsprechender Beratung geschult.

Der Beirat zur Förderung von Belangen für Menschen mit Behinderung und der Seniorenbeirat, die wichtige Partner*innen bei der Umsetzung der Inklusion in Düsseldorf sind, werden gestärkt, z. B. durch Anhörungs- und Antragsrechte in allen Ausschüssen, im Stadtrat und den Bezirksvertretungen und dadurch, dass im Beirat zur Förderung von Belangen für Menschen mit Behinderung ein Mitglied aus den Reihen der Betroffenen den Vorsitz übernimmt.

Schulische Inklusion

Es ist ein Inklusionsplan als Teil des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2020 ff anzustreben. Inklusion umfasst das gesamte gesellschaftliche Leben in einer Stadt, sie kann daher nicht nur auf Jugend und / oder Schule beschränkt bleiben. Die Schulentwicklung muss aber ebenfalls ihren Teil dazu beitragen.

Sie stellt sich den geforderten Veränderungen, formuliert Zielvereinbarungen und zeigt Handlungsperspektiven und -notwendigkeiten unter Einbeziehungen der Beteiligten auf.

Wir sprechen uns dafür aus, den gemeinsamen Unterricht in allen Schulformen gemäß dem Elternwillen zügig auszubauen. Wir berücksichtigen bei der Entwicklung von gemeinsamem Unterricht und Förderschulen den Elternwillen.

Daneben wollen wir eine unabhängige Elternberatung zur inklusiven Bildung in Zusammenarbeit mit Elternverbänden und -initiativen und der EDS aufbauen.

Barrierefreiheit beim Planen und Bauen

Neben den gesetzlichen Anforderungen zur Schaffung barrierefreier öffentlicher Gebäude werden wir uns dafür einsetzen, dass auch der öffentliche Raum barrierefrei gestaltet wird. Dies gilt insbesondere bei notwendigen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum und bei allen Stadtraum bildenden Maßnahmen.

Eine auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Stadtplanung sollte allen

Menschen eine eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Hierin sehen wir die Stadt in einer Vorbildfunktion.

Inklusion in der Jugendhilfe

Kein Kind mit Behinderung soll Ausgrenzung erfahren. Vielmehr sollen von Anfang an alle Kinder mit und ohne Behinderung zusammen in einer KiTa bzw. einer Kindertagespflegestelle aufgenommen werden. Die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte und die Personalausstattung der KiTas müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Wir wollen erreichen, dass wir für jedes Kind mit Behinderung ein wohnortnahes inklusives Betreuungsangebot anbieten können. Auch außerhalb von KiTas und Schulen werden wir für Kinder und Jugendliche inklusiv gestaltete Angebote schaffen und die Erarbeitung integrierter Gesamtkonzepte in der Arbeit von Jugendhilfeträgern implementieren.

Schule

Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jeder einzelnen Person. Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich und die beste Versicherung gegen ein Leben in Armut.

Um als Stadt attraktiv zu bleiben, braucht Düsseldorf ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem, das es allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht, ihre Potenziale voll auszuschöpfen, den Schulen eine Profilbildung ermöglicht und alle Schulformen gleichberechtigt behandelt. Dabei folgen wir einem ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbegriff, der Kinder und Jugendliche dazu führt, ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können. Investitionen in Bildung sichern daher nicht nur individuelle Lebenschancen, sondern auch die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität und den zukünftigen Wohlstand unserer Stadt.

Wir haben uns deshalb auf die Umsetzung folgender Punkte im Bereich Schulische Bildung verständigt:

Schulentwicklungsplanung

Wir werden auf Grundlage einer fortgeschriebenen „Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung“ sicherstellen, dass die Bildungsangebote an Düsseldorfer Schulen so geplant und umgesetzt werden, dass ein bedarfsgerechtes Angebot besteht. Stadtweite qualifizierte Elternbefragungen, die den Elternwillen bei der Kindesentwicklung dokumentieren, werden diese Grundlage stützen.

Insbesondere werden wir dafür sorgen,

- dass der durch den Bevölkerungszuwachs anstehende Zustrom von Kindern in die **Grundschulen** durch ein Sofortprogramm (Grundlage Beschluss April 2014) an vorhandenen Grundschulen, Umstrukturierungen bestehender Standorte und mittelfristig mit der Schaffung neuer Grundschulstandorte bevorzugt in Neubaugebieten aufgefangen wird. Wir wollen das Erfolgsmodell der Ganztagschule konsequent weiterführen. Die Ganztagsplätze werden den Bedarfen entsprechend angepasst ohne den Qualitätsanspruch aus den Augen zu verlieren. Dabei werden unter Einbeziehung der EDS (**E**lternschaft **D**üsseldorfer **S**chulen) und der freien Träger elterngemäße flexible Lösungen gesucht. Die Musikschule und weitere Kooperationspartner aus dem Sport müssen gestärkt werden.
- Die Grundschulen werden in ihrer Eltern-Informationsarbeit bei der Hilfe zur Entscheidung über die weiterführenden Schulen stärker unterstützt. Ziel ist es in Düsseldorf die Zahl der sog. „Abschulungen“ in den ersten Jahren der weiterführenden Schulen entscheidend zu verringern und so in Rücksicht auf die betroffenen Kinder eine gebrochene Schulbiographie zu vermeiden.
- Bei den **weiterführenden Schulen** werden wir in Anlehnung an die Elternbefragung und die Schulentwicklungsplanung (s.o.) den Ausbau vorantreiben und für eine flächendeckende Schulsozialarbeit sorgen. Kurz- und mittelfristig werden wir die bestehende Nachfrage im Bereich Gesamtschule und Gymnasium durch die Schaffung von mindestens einem weiteren Gymnasium (evtl. ein jüdisches) und mindestens einer vierzügigen Gesamtschule decken. Bei der zukünftigen Entwicklung der Berufskollegs nehmen wir die Rolle Düsseldorfs als Ort mit überregionaler Bedeutung in der Berufsbildung ernst. Wir werden dies unter Einbeziehung der Kammern und der IHK bei Ausbau und Erhalt dieser Schulform verantwortungsvoll berücksichtigen. Wir werden den Neubau des Albrecht-Dürer-Berufskollegs schnellstmöglich realisieren. Für die Abendrealschule wollen wir einen Standort im Innenstadtbereich suchen.
- Wir werden uns dem Thema „**Essen an Schulen**“ widmen. Sowohl von den Räumlichkeiten als auch vom Angebot her sind Hilfen und Qualitätsverbesserungen nötig. Eine Orientierung an „best-practice Beispielen“ halten wir für erforderlich.

Masterplan Schulbauten

- Wir wollen die Umsetzung des Masterplan Schulbauten beschleunigen, diesen finanziell entsprechend ausstatten und klar und transparent strukturieren. Wir werden den Planungsprozess so organisieren, dass die Ergebnisse unter Beteiligung aller Betroffenen zustande kommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die bereitgestellten Mittel, wie ursprünglich vorgesehen, für Sanierungsmaßnahmen an Düsseldorfer Schulen ausgegeben werden.
- Dabei werden wir nachhaltige und ökologische Aspekte, insbesondere im Bereich der Energieeinsparungen berücksichtigen. Ebenso werden wir das Projekt für nachhaltige Bildung fördern. Wir wollen den partizipativen Modellversuch Schulkunst weiterführen.
- Wir wollen die Baumaßnahmen auf der Grundlage vorliegender Prioritäten mit einem klaren Zeitplan versehen und diesen auch einhalten. Die Mittel für laufende Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen werden mit eigenen Haushaltsansätzen außerhalb des Masterplans budgetiert und verausgabt.
- An allen Schulen sollen die baulichen Voraussetzungen für eine moderne IT-Infrastruktur möglichst kurzfristig geschaffen werden.
- Wir werden die **Bildung einer Kleinen Kommission** unterstützen, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zügig dem Rat ein Konzept vorlegt, wie das Gesamtthema „Bauen in städtischer Hand“ mit dem Ziel der Transparenz, Kontrolle und Beschleunigung aller Maßnahmen umgesetzt werden kann.

Inklusion

Es ist ein Inklusionsplan als Teil des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2020 ff anzustreben. Inklusion umfasst das gesamte gesellschaftliche Leben in einer Stadt, sie kann daher nicht nur auf Jugend und/oder Schule beschränkt bleiben. Die Schulentwicklung muss aber ebenfalls ihren Teil dazu beitragen. Sie stellt sich den geforderten Veränderungen, formuliert Zielvereinbarungen und zeigt Handlungsperspektiven und -notwendigkeiten unter Einbeziehungen der Beteiligten auf.

Wir sprechen uns dafür aus, den gemeinsamen Unterricht in allen Schulformen gemäß dem Elternwillen zügig auszubauen. Wir berücksichtigen bei der Entwicklung von gemeinsamem Unterricht und Förderschulen den Elternwillen. Daneben wollen wir eine unabhängige Elternberatung zur inklusiven Bildung in Zusammenarbeit mit Elternverbänden und -initiativen und der EDS aufbauen.

Partizipation

Wir setzen uns dafür ein, dass die EDS (Elternschaft Düsseldorfer Schulen) und die BSV (Bezirksschülervertretung) durch jeweils eine Vertretung beratendes Mitglied im Schulausschuss der Stadt Düsseldorf werden. Einen entsprechenden Ratsbeschluss werden wir stützen.

Modellvorhaben Schulaufsicht

Die Mitglieder der Bildungskonferenz Düsseldorf vereinbaren für die Bildungsregion Stadt Düsseldorf ein Modellvorhaben beim Land zu initiieren, um die Kooperation von Schulträger, Schulen und Schulaufsicht weiterzuentwickeln. Regionale Bildungslandschaften können am besten in gemeinsamer Verantwortung von Schulträger und Schulaufsicht entwickelt werden. Dazu ist es nötig, Schulaufsicht und -steuerung näher an die Stadt zu bringen. Im Rahmen des angestrebten Modellvorhabens soll die Konzeption einer regionalen (städtischen) Schulaufsicht für alle Schulformen und Aufgabengebiete (z.B. Inklusion) erprobt werden.

Übergang Schule-Beruf

Schülerinnen und Schüler stehen nach ihrer Schulzeit vor der schwierigen Frage, wie es danach weitergeht. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler gut über Bildungs- und

Qualifizierungswege informiert sind. Hierbei ist es uns wichtig, dass die verschiedenen öffentlichen und privaten Anbieter kooperativ zusammenarbeiten. Die Volkshochschule soll dabei als kommunale Weiterbildungseinrichtung bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Insbesondere Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen, abbrechen oder verweigern, haben keine berufliche Perspektive. Unser Ziel ist es, die Zahl der Schulabbrecherinnen und –abbrecher durch frühzeitige Unterstützung und pädagogische Begleitung nachhaltig zu senken. Wir wollen deshalb an allen Schulen Schulsozialarbeit ermöglichen.

Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Jedes Kind soll in seinen Bedürfnissen unterstützt und in seinen Fähigkeiten gestärkt werden. Im Kinder- und Jugendförderplan 2015-2020 werden dafür die Ziele und Rahmenbedingungen festgelegt. Wir werden den Plan mit adäquaten Finanzmitteln ausstatten, die pauschale Förderung umsetzen und das Controlling stärken. In der Kinder- und Jugendhilfe haben sich die freien Träger als erfahrene und kompetente Partner erwiesen. Diese erfolgreiche Kooperation werden wir fortsetzen.

KiTas: Ausbau, Qualität und Förderung

Frühe Förderung legt den Grundstein für die Entwicklung unserer Kinder. Bereits hier muss Chancengerechtigkeit oberstes Gebot sein.

Wir werden die Düsseldorfer KiTas weiter ausbauen, um eine flächendeckende und bedarfsgerechte Betreuung für U3 und Ü3 zu gewährleisten. Dabei wird die hohe Qualität der Angebote gesichert und ausgebaut. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen die Öffnungszeiten an die Anforderungen der Eltern angepasst werden. Mittelfristig legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Reduzierung der Gruppengrößen. Die Betreuungsqualität muss den hohen Standards entsprechen. Langfristig streben wir die Beitragsfreiheit auch im U3-Bereich an.

Um eine stadtweite Betreuung zu gewährleisten, kann die Stadt an Standorten mit akutem Bedarf auch selbst als Bauträger auftreten. Wir unterstützen ausdrücklich die Gründung von Betriebskindergärten.

Wir werden außerdem die vermehrte Einführung von Bewegungs- und Musik-KiTas fördern. In jedem Stadtbezirk soll es mindestens eine Musik-KiTa und eine Bewegung-KiTa geben. In allen KiTas werden vielfältige, qualifizierte Angebote durch die Erzieherinnen und Erzieher oder externe Fachkräfte durchgeführt.

Gute Arbeitsplätze für Erzieherinnen und Erzieher

Die hohe Qualität in der Betreuung kann nur mit motivierten und hochqualifizierten Erzieherinnen und Erzieher und Tagespflegepersonen gewährleistet werden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Arbeitsplatzsicherheit. Wir werden die weitere Entfristung von Arbeitsverträgen städtischer Erzieherinnen und Erzieher sowie eine angemessene Bezahlung im Offenen Ganztage und den Zugang zu qualitativ hochwertigen Weiterbildungsangeboten vorantreiben.

Tagespflege stärker einbinden

Entsprechend werden wir die Tagespflege stärken, denn sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der U3-Betreuung. Die Kindertagespflegepersonen sollen stärker mit KiTas in ihrem Umfeld kooperieren. Das schließt den Zugang zu Musik-/Bewegungs- oder weiteren KiTa-Angeboten für Kinder in Tagespflege mit ein. Ein weiterer Aspekt ist der Zugang für Tagespflegepersonen zu qualitativ hochwertigen Weiterbildungsmöglichkeiten in KiTas oder Familienzentren. Die Verwaltung soll hierzu ein Konzept erarbeiten.

Inklusion

Kein Kind mit Behinderung soll Ausgrenzung erfahren. Vielmehr sollen von Anfang an alle Kinder mit und ohne Behinderung zusammen in einer KiTa bzw. einer Kindertagespflegestelle aufgenommen werden. Die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte und die Personalausstattung der KiTas müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Wir wollen erreichen, dass wir für jedes Kind mit Behinderung ein wohnortnahes inklusives Betreuungsangebot anbieten können. Auch außerhalb von KiTas und Schulen werden wir für Kinder und Jugendliche inklusiv gestaltete Angebote schaffen und die Erarbeitung integrierter Gesamtkonzepte in der Arbeit von Jugendhilfeträgern implementieren.

Erhalt und Ausbau von Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit unterstützt Schülerinnen, Schüler und Eltern bei Problemen im Schulalltag und bei der Gestaltung der Übergänge im Bildungsprozess. Wir werden die Stellen in der Schulsozialarbeit, die bis 2015 aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert werden, auch nach Ablauf der Bundesfinanzierung mit städtischen Mitteln erhalten. Darüber hinaus wollen wir die Schulsozialarbeit an Düsseldorfer Schulen weiter ausbauen.

Teilhabe von Jugendlichen stärken

Die UN-Kinderrechtskonvention weist den Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Belange einen hohen Stellenwert zu. Auf diesem Wege lernen Kinder und Jugendlichen bereits frühzeitig, Verantwortlichkeit und demokratische Werte und Abläufe kennen. Daher sollen in unseren Kinder- und Jugendeinrichtungen mehr Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, um den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene werden wir entsprechende Angebote in (städtischen) Jugendfreizeiteinrichtungen schaffen. Einher damit geht die Ausweitung der Öffnungszeiten auf Abende und Wochenenden. Es soll in jedem Stadtbezirk mindestens eine Jugendfreizeiteinrichtung geben, die diesen Anforderungen gerecht wird. Wir werden für Jugendliche Freiplätze schaffen und sie bei der Gestaltung mit einbeziehen.

Generell werden wir Konzepte erarbeiten, Kindern und Jugendlichen mehr Teilhabe bei der Planung und Gestaltung ihrer Lebensräume in der Stadt zu ermöglichen. Diese Partizipationsmöglichkeiten werden wir fest im Kinder- und Jugendförderplan 2015-2020 verankern.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Deshalb sehen wir Gesundheit als Querschnittsthema durch alle Bereiche des menschlichen Lebens. In den Themenfeldern Bewegung, Ernährung, Arbeit, Jugend & Alter, Wirtschaft und Verkehr müssen die gesundheitlichen Aspekte stets mitbedacht werden. Dabei setzen wir vorrangig generell auf Aufklärung und Qualifikation.

- Eine gezielte **Gesundheitsberichtserstattung** mit einem Controlling wird eingerichtet, Innerhalb der Gesundheitskonferenz wird das neue **Untergremium „Gesundheit Kinder & Jugendliche“** eingerichtet.
- Eine Mitarbeiterin / ein Mitarbeiter in der Verwaltung wird mittelfristig als **Verpflegungsbeauftragte/r** zuständig sein für das Thema Verpflegung in Schulen, Kindertagesstätten, Kantinen, Kliniken, Heimen usw.
- Das **Gesundheitsamt** der Landeshauptstadt Düsseldorf ist zu seiner Aufgabenerfüllung personell und finanziell so auszustatten, dass es seinen gesetzlichen Auftrag erfüllen kann.
- Modellhaft wird in Düsseldorf ein **Quartiersansatz für Menschen mit Demenz** (bekannt als Demenzdorf) entwickelt und umgesetzt.
- Um eine verstärkte Unterstützung der **palliativen Versorgung** zu gewährleisten, wird eine Koordinierungsstelle zum Runden Tisch Palliativer Versorgung eingerichtet.
- Für **interkulturelle Präventionsarbeit** werden wir die **AIDS-Hilfe** entsprechend finanziell ausstatten.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf und ihre städtischen Tochtergesellschaften werden mit gutem Beispiel gegen eine **Stigmatisierung von HIV betroffenen Menschen** vorgehen und durch Aufklärung und andere geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass sie vorbildliche Arbeitgeberinnen für von HIV betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und diese ein diskriminierungsfreies Bewerbungs- und Arbeitsumfeld vorfinden.

An stark frequentierten Stellen in Düsseldorf werden **Trinkwasserbrunnen** aufgestellt.

Im Geburtshaus Düsseldorf wird eine Personalstelle als **Koordinierungsstelle von Hebammen** für Vor- und / oder Nachsorgen und Geburten aufgebaut.

Wir werden ein **Konzept zur Suchtkrankenhilfe** weiterentwickeln und umsetzen. Die **Diamorphinvergabe** wird umgesetzt, entsprechende Kosten werden bei Bedarf etatisiert. Der Bedarf von weiteren **Genesungsbetten** wird ermittelt und die Einrichtung dieser Betten an einem geeigneten Ort umgesetzt. Die Teilnahme **Substituierter an psychosozialen Betreuungsangeboten** muss sichergestellt werden, dazu ist eine allgemeine Bestandsaufnahme und eine Qualitätssicherung notwendig.

Gleichstellung

Noch immer sind geschlechtsspezifische Benachteiligungen und Hemmnisse durch tradierte Rollenmuster nicht ausgeräumt. Auch die Stadt ist in der Verantwortung, diese Barrieren abzubauen. Daher werden wir der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf regionaler Ebene beitreten und entsprechende Maßnahmen erarbeiten und konsequent umsetzen.

Die Stadt als Vorreiterin

Die Stadt als Arbeitgeberin muss Vorbild für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sein. Unser Ziel ist es, die Zahl von Frauen in Führungspositionen bei der Stadtverwaltung zu steigern. Hier streben wir ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis an. Dazu werden wir vermehrt speziell auf Frauen zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. In Berufszweigen, in denen Männer unterrepräsentiert sind (z.B. KiTas), werden wir weiterhin gezielt männliche Bewerber ansprechen und fördern.

Förderung gleichstellungsrelevanter Einrichtungen und Verbände

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Verbände setzen sich für die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen ein. Über das Gleichstellungsbüro werden wir die Arbeit der kom!ma fördern. Der Verein wird dem Gleichstellungsausschuss jährlich über seine Aktivitäten berichten.

Wir werden die geschlechtsspezifischen Angebote im Bereich Essstörungen für Mädchen und Frauen absichern. Ein Konzept für den Aufbau einer entsprechenden Beratung für Jungen muss erarbeitet werden.

Geschlechtergetrennte Angebote, z.B. im Sport, können Freiräume schaffen. Geschlechtergetrennten Sportunterricht an Schulen in verschiedenen Disziplinen (besonders Schwimmunterricht, auch unter dem Gesichtspunkt der Einbindung muslimischer Mädchen) begrüßen wir daher ausdrücklich und sehen dies auch als Modell für die Kursangebote der Bädergesellschaft.

Wir werden einen Runden Tisch zum Thema Prostitution von Frauen und Männern unter Federführung des Gleichstellungsbüros einberufen.

Außerdem werden wir uns beim Land NRW dafür einsetzen, dass das Mädchenhaus in Düsseldorf als Zufluchtsort für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und junge Frauen erweitert wird.

Hilfe für Gewaltopfer

Die Interventionsstelle für häusliche Gewalt wird in die städtische Regelförderung aufgenommen. Wir werden außerdem den Aufbau eines Opfer-Hilfe-Portals mit Nachdruck weiter voranbringen und es in den nächsten sechs Jahren als Anlaufstelle für alle Gewaltopfer realisieren. Als erster Schritt soll eine 24h-Telefonhotline eingerichtet werden.

Diversity

Beim Gleichstellungsbüro der Stadt wird die Stelle eine(s/r) Diversitymanagerin bzw. Diversitymanager (mit LSBTTI als eigens definiertem Arbeitsbereich) geschaffen. Analog dazu wird die Zuständigkeitsordnung des Gleichstellungsausschusses erweitert und das Forum Düsseldorfer Lesben- und Schwulengruppen erhält (nach Vorbild des Frauenforums) zwei beratende Sitze im Ausschuss.

Die Projekte SchLAu, Schule der Vielfalt sowie Schule ohne Rassismus werden an Schulen stärker beworben und weiter ausgebaut.

Das Jugendamt wird die Stiefkindadoption unbürokratisch abwickeln, d.h. dass das zweite Elternteil bei einer eingetragenen Lebenspartnerschaft unmittelbar anerkannt wird.

Es wird ein Arbeitskreis einberufen, um ein Konzept zum angemessenen Gedenken an die Verfolgung von Lesben und Schwulen im Nationalsozialismus zu erarbeiten.

Integration

Düsseldorf ist eine weltoffene, internationale Stadt. Mehr als 30% aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben einen Migrationshintergrund. Diese Vielfalt bereichert unsere Stadt.

Willkommen in Düsseldorf

Die Menschen, die neu nach Düsseldorf kommen, heißen wir willkommen. Für sie werden wir ein Welcome Center unter Einbeziehung der kommunalen Ausländerbehörde aufbauen, das an einem repräsentativen, einladenden Standort zielgruppenspezifische Angebote für alle Zuwandererinnen und Zuwanderer bereit hält: Während Expats und Hochqualifizierte an einem Expressschalter (der auch als Ansprechpartner für Firmen dient) ihre Behördenangelegenheiten schnell und unkompliziert abwickeln, können die Migrantinnen und Migranten, die einen größeren Informationsbedarf haben, eine umfassende Erstberatung vor Ort in Anspruch nehmen.

Interkulturelle Stadt

Die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft soll sich auch im Personal der Verwaltung widerspiegeln. Daher möchten wir mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund gewinnen.

Für die Beschäftigten der Stadtverwaltung, vor allem diejenigen mit engem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, werden zusätzliche Fortbildungen in interkultureller Kompetenz angeboten.

Die Regeldienste, von den KiTas bis zu den Zentren plus sollen interkulturell geöffnet und in ihrer Kultursensibilität gestärkt werden. Auch die Sportvereine und die Sportangebote der Stadt sollen durch spezielle Sportscoouts zugänglicher für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gemacht werden.

Sprach- und Kulturmittlerinnen und Kulturmittler unterstützen Migrantinnen und Migranten in vielfältigen Situationen (z.B. bei Behördengängen, bei Gesprächen mit KiTa und Schule, bei Beratungseinrichtungen oder im Bereich der Gesundheitsversorgung). Dafür werden wir Mittel bereitstellen.

Förderung von Migrantinnen und Migranten

Es ist uns ein besonderes Anliegen, Migrantinnen und Migranten bestmöglich zu fördern. Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe. Daher werden wir für Menschen, die keinen Anspruch auf Finanzierung eines Kurses durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben, qualifizierte Deutschkurse anbieten. Ein besonderer Fokus wird dabei auf die Ausweitung niederschwelliger Angebote gelegt, die die Bedürfnisse von Migrantinnen besonders berücksichtigen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden mit unterstützenden Beratungs- und Förderangeboten entlang der gesamten Bildungskette begleitet, besonders im Hinblick auf die Förderung ihrer natürlichen Mehrsprachigkeit (auch unter Einbeziehung ihrer Eltern). Entsprechend bauen wir die Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Mehrsprachigkeit für Erzieherinnen und Erzieher aus.

Wir werden Migrantinnen und Migranten auch auf anderen Wegen unterstützen, z.B. bei der Gründung von Unternehmen. Als erster Schritt wird die im Integrationsausschuss beschlossene Broschüre des Wirtschaftsförderungsamtes umgesetzt.

Vernetzung und interkulturelles Zentrum

Viele professionelle und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure sind im Bereich der Integration und dem interkulturellen Austausch aktiv. Wir werden ein Konzept erarbeiten, das die einzelnen Akteurinnen und Akteure noch besser zusammen bringt und ihnen Austausch, Vernetzung und Kooperation erleichtert.

Dazu gehört auch die Einrichtung eines interkulturellen Zentrums. Im Austausch mit den Migrantenselbstorganisationen werden wir ein Konzept für ein interkulturelles Zentrum erarbeiten, das ihnen Kooperation, Austausch und Veranstaltungen unter einem Dach und mit pädagogischer Begleitung ermöglicht. Dieses Zentrum könnte als zusätzlicher Baustein des Welcome Center realisiert werden. Als dezentraler Schritt sollen Bürgerhäuser und Stadtteilzentren besser zugänglich für die Migrantenselbstorganisationen und ihre interkulturelle Arbeit werden.

Flüchtlinge

Aufgrund der Krisen in der Welt werden in den nächsten Jahren mehr Flüchtlinge als bisher nach Düsseldorf kommen und es ist unsere Aufgabe diese Menschen in Düsseldorf bestmöglich zu versorgen und zu betreuen. Wir wollen, dass die Verwaltung vorausschauend adäquate Unterbringungsmöglichkeiten schafft, um eine dezentrale Flüchtlingsunterbringung unter Wahrung verabredeter Standards zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk muss den gerade erst volljährig gewordenen Flüchtlingen gelten, die mit Gleichaltrigen untergebracht werden sollen. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen muss in der Betreuung und Beratung das Ziel eines Betreuungsschlüssels von 200 erhalten bleiben.

Wir werden darüber hinaus die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge verbessern. Viele Menschen haben im Herkunftsland und auf der Flucht Verfolgung und Not erlebt. Viele sind traumatisiert und benötigen spezielle Hilfe. Daher werden wir die städtische Förderung des psychosozialen Zentrums aufstocken. Besonders dramatisch ist die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge ohne Papiere, weil sie aus Angst vor Sanktionen oft keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen. Ein erster Schritt, ihre Situation zu verbessern, ist die Einführung des Anonymen Krankenscheins und die entsprechende Schaffung einer Clearingstelle bei STAY!/Medinetz, zu deren zukünftigen Aufgaben auch die Klärung des Aufenthaltsstatus von Menschen ohne Papiere gehören kann.

Kultur

Kunst und Kultur sind der Pulsschlag unserer Stadt. Düsseldorf und besonders die Akademie haben in ihrer Geschichte viele große Künstlerinnen und Künstler hervorgebracht. Sie werden bis heute mit unserer Stadt verbunden. Viele noch unbekannte Künstlerinnen und Künstler bereichern unsere Stadt, machen sie bunt und lebenswert. Kultur und Kunst sind zentraler Bestandteil unseres Lebens. Die Kultur trägt zu einem großen Teil zur hohen Lebensqualität in Düsseldorf bei und auch zum wirtschaftlichen Erfolg: Kultur ist längst harter Standortfaktor. Nicht nur aus touristischen Aspekten.

Kunst und Kultur können die Welt erschließen, unser Verständnis der Welt fördern, unsere Wahrnehmung verändern, anreichern, verschieben. Sie sind deshalb zentraler Schlüssel, um unsere Gesellschaft zu verstehen. Sie befördern Innovation und Kreativität und sind daher Motor für die notwendigen Veränderungen in unserer Stadt. Wir brauchen Orte für den Diskurs über unser Zusammenleben. Wir wollen gemeinsam entscheiden, wie sich die Stadt entwickeln soll. Wir wollen Menschen befähigen, an der demokratischen Kultur dieser Stadt zu partizipieren. Das erreichen wir nicht allein mit Aufrufen und Informationsveranstaltungen. Die Kultur kann uns dabei helfen, neue Wege zu gehen und wieder mehr Menschen zu erreichen. Wir wollen deshalb insbesondere junge Menschen begeistern, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen, selbst kreativ zu werden und sich einzubringen.

Deswegen ist Kultur ein Schlüsselement, um eine nachhaltige und demokratische Stadtpolitik zu gestalten. Sie ist für uns gleichberechtigte Säule neben der zu fördernden Bildungsinfrastruktur vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wir wollen die Kulturstadt Düsseldorf stärken und die Arbeit unserer Kultureinrichtungen sowie die Situation der Künstlerinnen und Künstler verbessern.

Kulturentwicklungsplan

Wir wollen die Kultur durch einen Kulturentwicklungsplan wieder in die Diskussion bringen. Gemeinsam mit den Kulturschaffenden und den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Düsseldorfer Kulturlandschaft qualitativ weiterentwickeln und zukunftsfest machen. Auf Basis einer externen Analyse werden wir im Rahmen des Kulturentwicklungsplans gemeinsam mit der Stadtgesellschaft konkrete Ziele definieren und langfristig planen.

Stärkung der freien Szene

Wir wollen den zeitgenössischen Diskurs nach Düsseldorf zurückholen. Dafür werden wir der freien Szene Unterstützung und ein Forum bieten.

Wir stärken die freie Szene durch eine Erhöhung der Mittel der Beiräte und schaffen Planungssicherheit für langfristig bestehende Initiativen. Eine im Kulturrat neu zu schaffende Servicestelle für die freie Szene soll Ansprechpartnerin bei Zwischennutzungen, Genehmigungsverfahren, Lärmproblemen und grundsätzlichen Anliegen sein. Durch eine Verbesserung des Beratungsangebotes und mehr Transparenz bei Verwaltungsverfahren schaffen wir mehr Raum für die freie Szene in inhaltlicher und örtlicher Hinsicht. Die Kunst mit Neuen Medien wollen wir durch einen eigenen Beirat unterstützen. Die Vorschläge der freien Szene Tanz und Theater greifen wir auf und diskutieren sie. Weitere Proberäume sollen für sie geschaffen werden.

Die bisherigen Mittel für die Quadriennale werden im Kulturhaushalt fortgeschrieben. Die Quadriennale als Veranstaltung wird eingestellt.

Graffiti / Street Art

Für Graffiti und Street Art werden legale Flächen, so genannte Halls of Fame, in Düsseldorf geschaffen. Das Urban Art Festival 40 Grad soll fest in den Veranstaltungskalender Düsseldorfs eingeplant und von der Stadt stärker unterstützt werden. Die Öffentlichkeit wird eingeladen, diesen Prozess aufmerksam zu begleiten.

Musikzentrum / Popbüro / Proberäume Musik

Wir wollen die Musikförderung ausbauen und weiterentwickeln. Mit einem Pop-Büro schaffen wir eine Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für alle Belange der Populärmusikszene. Das Pop-Büro berät Musikerinnen und Musiker, bereitet Veranstaltungen vor und hält Kontakt zu Initiativen in anderen Städten. Perspektivisch könnte sich daraus ein Musikzentrum entwickeln, in dem sich Dienstleistungen rund um das Thema Musik ansiedeln und vernetzen. Ein Förderkonzept für die Proberäume am Gather Weg sichert jungen Bands einen bezahlbaren Proberaum. Zusätzliche Proberäume im Werstener Bunker sollen zügig ausgebaut werden.

Kunst am Bau / im öffentlichen Raum

Wir wollen, dass Kunst in Düsseldorf sichtbar wird. Besonders Straßenzüge und Plätze eignen sich, um Kunst in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Um eine aktive Teilhabe von Kunst im Diskurs des Öffentlichen zu ermöglichen, schlagen wir eine Kunstkommission nach dem Münchner Modell vor, die mit größtmöglicher Unabhängigkeit von wirtschaftlichen, parteipolitischen und privaten Interessen Konzepte erarbeitet, durch die hindurch sich Kunst im öffentlichen Raum als fortschrittliches und diskussionsförderndes Ereignis mit gesellschaftlicher Relevanz abbilden kann. Zur Finanzierung verpflichten wir uns, künftig einen Anteil von 2 Prozent der Baukosten öffentlicher Bauten für Kunstwerke zu verwenden.

In der Stadtplanung wird eine speziell auf den Ort zugeschnittene Gestaltung frühzeitig im Planungsprozess angelegt. Durch offene Wettbewerbe erhalten auch noch nicht etablierte Künstlerinnen und Künstler die Chance, sich zu beweisen.

Durch ein Skulpturenfestival mit temporären Werken alle zwei Jahre in Kooperation mit der Kunstakademie, könnte der öffentliche Raum belebt und die Diskussion anregt werden.

Städtische Institute

Wir werden die Arbeit und Eigenständigkeit der städtischen Museen und Kulturinstitute stärken. Dazu gehören die Ausstattung der Institute mit Ankaufetats sowie ausreichende Ressourcen im Personalbereich.

Durch Aktionstage mit freiem Eintritt in die Museen und Kultureinrichtungen, wollen wir mehr Bürgerinnen und Bürgern den Besuch von Kultureinrichtungen ermöglichen und sie so für Kultur begeistern.

Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Institute überprüfen und gegebenenfalls den veränderten Nutzerbedingungen anpassen. Hier sind insbesondere die Stadtteilbibliotheken zu nennen, für die es bereits regelmäßige Nutzerbefragungen gibt.

Wir wollen Kooperationen von Kultureinrichtungen in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht voranbringen.

Wir wollen der Tonhalle durch eine neue Rechtsform ermöglichen, in Eigenverantwortung neue Formate und Kooperationen im Bereich des Kulturmanagements entwickeln zu können.

Die Tarifierhöhungen in den Kulturinstituten werden von der Stadt getragen, um die Qualität der Häuser dauerhaft zu sichern.

Wir wollen ein juryiertes Kunst-Festival von allen Bürgerinnen und Bürgern für alle Bürgerinnen und Bürger initiieren.

Jugendförderung

Wir wollen die kulturelle Bildung insbesondere für Jugendliche stärken.

Wir wollen damit den Handlungsempfehlungen des Berichtes "Culture to be" aus dem Jahr 2009 folgen, der in den Kulturausschuss eingebracht wurde. Hier wurde ein Konzept für einen dauerhaften Prozess der optimierten Ansprache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen empfohlen. Eine

Zielvereinbarung mit den städtischen Kultureinrichtungen soll Anreize für die Einrichtungen setzen.

Gründungsförderung

Die Wirtschaftsförderung soll eine auf die Kreativen zugeschnittene Gründungsförderung anbieten und stärker als bisher die Kreativwirtschaft als ihr Aufgabenfeld begreifen. In Zusammenarbeit mit der neuen Servicestelle für die freie Szene im Kulturamt sollen Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen, auch für die Künstlerförderung, ausgebaut und entwickelt werden.

Provenienz

Wir richten eine Projektstelle Provenienz im Kulturamt ein, die die Museen aktiv dabei unterstützt, ihre Bestände zu überprüfen. Eine Förderung durch den Bund wird geprüft.

Regionale Kooperation

Wir möchten die Kunstachse Rheinland durch Austausch von Ausstellungen und Inszenierungen intensivieren und zu neuer Strahlkraft verhelfen. Wir fordern eine regelmäßige und intensivere Zusammenarbeit der Kulturverwaltungen. Darüber soll quartalsweise im Kulturausschuss Bericht erstattet werden.

Sanierungsstau in den Kulturbauten beheben

Um ein professionelles und qualitativ hochwertiges Arbeiten zu ermöglichen, muss - wie in allen städtischen Gebäuden - auch in den Kulturbauten der Sanierungsstau behoben werden. Die Sanierung von städtischen Gebäuden, die durch städtische Institute genutzt werden, ist nicht nur aus kulturpolitischen Gründen wichtig, sondern auch aus finanzpolitischen, da die Stadt Düsseldorf ein Interesse daran hat, den Wert ihrer Gebäude durch die Realisierung baulicher Maßnahmen zu erhalten und zu sichern. Investitionen in die Kulturbauten sind somit auch wirtschaftlich sinnvoll. Dabei setzen wir auf die Bildung einer Kleinen Kommission, die dem Rat ein Konzept vorlegt, wie das Gesamtthema „Bauen in städtischer Hand“ mit dem Ziel der Transparenz, Kontrolle und Beschleunigung umgesetzt werden kann.

Zusammenarbeit mit den Hochschulen

Das kulturelle Potential der Heinrich-Heine-Universität und der verschiedenen Düsseldorfer Hochschulen für die Kulturstadt Düsseldorf werden wir nutzen und im Dialog mit den Studierenden, den Angehörigen der Hochschulen und der Kulturszene fördern. Das Haus der Universität (HdU) sehen wir dabei als wichtigen Standort an und werden es für weitere kulturpolitische und kulturelle Initiativen nutzen.

Sportstadt Düsseldorf - Sport für alle, mit allen

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung, auch und gerade in einer Stadtgesellschaft. Durch Sport können grundsätzliche Werte wie Respekt, Fairness, Toleranz, Gemeinschaftssinn und Teamgeist vermittelt werden. Er führt Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Hintergründe zusammen. Sport ist ein ausgezeichnetes Instrument der Integrations- und Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche. Sport treiben stärkt das Selbstbewusstsein, fördert die Gesundheit, begünstigt das gesellschaftliche Engagement der Akteurinnen und Akteure und fördert den Dialog zwischen den Kulturen.

Gerade der Sport verfügt über die Kraft, Menschen zusammenzuführen, unterschiedliche Gruppen unserer Gesellschaft zusammenzubringen und Barrieren zu überwinden. In diesem Sinne kann der Sport wesentlich dazu beitragen, dem Ziel einer integrativen und inklusiven Stadtgesellschaft näher zu kommen.

Förderung von Vereinen und Fortentwicklung des Sportstättenentwicklungs- und Modernisierungsprogramms

Wir werden die Förderung des kommunalen Sports weiter vorantreiben. Neben der Fortsetzung der Vereinsförderung bedeutet dies insbesondere Ausbau und Weiterentwicklung moderner Sportstätten und Spiel- und Sportflächen, die in Wohnortnähe liegen und gut zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind. Wir werden das Sportstättenentwicklungs- und Modernisierungsprogramm unter Einbeziehung nachhaltiger und ökologischer Aspekte - insbesondere im Bereich der Energieeinsparungen - fortschreiben. Die Verwaltung wird zügig beauftragt, den vorhandenen Masterplan Sport zu aktualisieren und einen entsprechenden Kriterienkatalog zu erstellen und im Laufe 2015 vorzulegen.

Sport für alle

Veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen führen dazu, dass immer mehr Menschen Sport nicht mehr im Verein betreiben, sondern individuell und angepasst an ihr jeweiliges Zeitbudget. Die Öffnung des ARENA-Sportparks, von Bezirkssportanlagen sowie weitere Sportanlagen und Einrichtungen sollen jenseits einer Vereinsmitgliedschaft geprüft werden. Den Skaterpark in Eller wollen wir umsetzen. Ebenso die Einrichtung weiterer multifunktionaler Sportflächen in den Stadtteilen und in Grünanlagen.

Wir werden die Verwaltung beauftragen, eine Studie der Wirksamkeit aller Sportfördermaßnahmen in Auftrag zu geben.

Die Kriterien (u.a. Geschlechtergerechtigkeit) werden von uns in einem Beteiligungsprozess erarbeitet.

Bildung und Sport weiter verzahnen

Der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen hat große Auswirkungen auf die Sportentwicklung. Umso wichtiger wird eine enge Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen mit den Sportvereinen. Dies stellt neue Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher, an Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie an das überwiegend ehrenamtliche Personal der Vereine. Um das ehrenamtliche Engagement der Vereine zu stärken und die Qualität in der sportlichen Arbeit insbesondere mit Kindern und mit älteren Menschen zu sichern, werden wir den Stadtsportbund Düsseldorf (SSB) unterstützen, sein Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramm auszubauen. Entsprechende Förder- und Qualifizierungsprogramme in Trägerschaft des SSB werden wir auf den Weg bringen und mit den erforderlichen Finanzmitteln ausstatten.

Wir werden das erfolgreiche „Düsseldorfer Modell der Bewegungs-, Sport, und Talentförderung“ fortsetzen und auf den vorschulischen Bereich sowie auf die Entwicklung spezifischer Programme für Kinder mit besonderem Förderbedarf ausdehnen. Eine Ausweitung des Angebotes des

Sportactionbus soll entsprechend integriert werden. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, Konzepte zu erarbeiten.

Im Bereich der weiterführenden Schulen unterstützen wir den Gedanken der Schul-Ligen und werden die Verwaltung beauftragen, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Sport Barriere frei

Wir werden die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit dem Stadtsportbund ein Modell „Sport- und Bewegungsförderung für Alle“ zu entwickeln. Die Schaffung barrierefreier Sportanlagen, die Möglichkeiten zum Um- bzw. Ausbau bestehender Sportanlagen zu Sport- und Gesundheitszentren ist im Rahmen des Sportstättenentwicklungs- und Modernisierungsprogramms entsprechend zu prüfen.

Gemeinsam gegen Gewalt, Extremismus und Homophobie

Sport baut Brücken und überwindet Grenzen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen. Deshalb werden wir Projekte und Initiativen, wie das Düsseldorfer Fanprojekt, unterstützen, die sich gegen Gewalt, Extremismus und Homophobie im Sport engagieren.

Weiterentwicklung der Leistungssportförderung

Wir unterstützen die Bemühungen von Verwaltung und Stadtsportbund Düsseldorf, ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der sportartübergreifenden Leistungssportförderung zu entwickeln. Dabei sind die bereits geschaffenen sportartübergreifenden Leistungssportstrukturen weiter zu qualifizieren, u. a. durch die Errichtung eines mit Landes- und Bundesmitteln geförderten Sportinternats. Für junge sportliche Talente ist es von besonderer Bedeutung, dass neben der sportlichen Förderung auch die schulische und berufliche Ausbildung nicht zu kurz kommt. Daher werden wir besonders darauf achten, dass die „duale Ausbildung“ ins Zentrum aller Überlegungen gestellt wird. Bereits bestehende Kooperationen von Vereinen mit Schulen und Ausbildungsstätten sollen Teil der Leistungssportförderstrukturen werden.

Optimale Rahmenbedingungen für unsere Profivereine schaffen

Profivereine wie Fortuna Düsseldorf, die DEG, Borussia Düsseldorf sind Aushängeschilder und Botschafterinnen und Botschafter unserer Stadt. Sie tragen wesentlich mit dazu bei, dass sich ihre Fans nicht nur mit dem Verein sondern auch mit der Stadt identifizieren. Sie schaffen Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Stadt stellt weiterhin optimale Rahmenbedingungen für den Profisport zur Verfügung. Wir werden daher die Förderung des Profisports über die Sportagentur fortsetzen. Förderung und die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen müssen dabei nicht immer gleich auch finanzielle Unterstützung bedeuten. Auch ideelle Unterstützung z.B. bei der Sponsorensuche kann für die Vereine förderlich sein. Potentielle Sponsoren lassen sich möglicherweise leichter überzeugen, wenn sie spüren, dass die Stadt Düsseldorf hinter den Vereinen steht.

Runder Tisch „Sport und Wirtschaft“

Wir werden einen runden Tisch „Sport und Wirtschaft“ initiieren. Ziel ist es, Sport und Wirtschaft näher zusammen zu bringen. In Form regelmäßiger Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Vereine, des Stadtsportbundes, der Politik und der Düsseldorfer Wirtschaft soll hier über Kooperationen, Formen der Zusammenarbeit und der Unterstützung diskutiert werden.

Eine moderne Bäderlandschaft für Düsseldorf schaffen

Die Bäderlandschaft in Düsseldorf ist sanierungsbedürftig. Wir werden daher das Bäderkonzept prüfen und das Ergebnis zügig umsetzen. Dabei wird jeweils zu klären sein, ob Sanierungen am alten Standort oder der Verkauf der Grundstücke und Neubau an einem neuen Standort sinnvoller

sind.

Für den Standort Flingern werden wir einen Ideenwettbewerb und Bürgerbeteiligung für die komplette Sportmeile Flinger Broich durchführen, in den neben dem Allwetterbad auch das Fußballleistungszentrum, der Freizeitsport sowie Trendsportangebote einbezogen werden sollen.

Ehrenamt

Wir werden die ehrenamtliche Arbeit noch weiter unterstützen. Und das nicht nur im Bereich der Übungsleiterinnen und Übungsleiter, sondern auch im Bereich der Vereinsführung.

Zur Zusammenarbeit in der ‚Ampel‘-Kooperation

Die Kooperationspartner stimmen im Rat und in den Ausschüssen

- bei der Umsetzung der Ziele der Kooperationsvereinbarung
- beim Haushalt der Stadt Düsseldorf
- bei allen haushaltsrelevanten Fragen

gemeinsam ab.

Kooperationsausschuss

Bei strittigen Fragen innerhalb der Kooperation tritt auf Verlangen eines der Kooperationspartner der Kooperationsausschuss zusammen.

Der Kooperationsausschuss besteht aus:

- Der Parteivorsitzenden/dem Parteivorsitzenden sowie einer/einem Stellvertreterin/Stellvertreter jeder beteiligten Partei.
- Der Fraktionsvorsitzenden/dem Fraktionsvorsitzenden sowie einer/einem Stellvertreterin/Stellvertreter jeder beteiligten Fraktion.